69. JAHRGANG • JUNI 06 2015

STÄDTE- UND GEMEINDERAT

HERAUSGEBER STÄDTE- UND GEMEINDEBUND NORDRHEIN-WESTFALEN

Mit den *online* mitteilungen

StGB NRW · Kaiserswerther Str. 199-201 · 40474 Düsseldorf
PVSt · Deutsche Post AG · „Entgelt bezahlt" · G 20 167

Gesundheitstourismus

Patientenbegleitung

StGB NRW-Präsidium

Städte- und Gemeinderat

Die Fachzeitschrift für Kommunal-und Landespolitik in Nordrhein-Westfalen

Städte- und Gemeinderat ist die einzige unabhängige und ebenso die meistgelesene Fachzeitschrift für Kommunal- und Landespolitik in Nordrhein-Westfalen. Sie führt kommunale Wissenschaft und Praxis, Kommunalrecht und Kommunalpolitik zusammen. Die Zeitschrift hat sich als Diskussionsforum für neue Entwicklungen in der kommunalen Welt einen Namen gemacht.

Die 1946 erstmals verlegte Fachzeitschrift **Städte- und Gemeinderat** ist das offizielle Organ des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen. Als Spitzenverband kreisangehöriger Städte und Gemeinden repräsentiert dieser rund 9 Mio. Bürger und Bürgerinnen sowie 86 Prozent der Ratsmitglieder in Nordrhein-Westfalen.

Städte- und Gemeinderat enthält monatlich aktuelle Informationen aus den zentralen Interessengebieten der Kommunalpolitiker und Verwaltungsbeamten:

- Finanzen, Wirtschaft, Soziales, Schule und Kultur
- Verwaltungsfragen und Neue Steuerung
- Kommunalrecht
- Kommunale Wirtschaftsunternehmen
- Tourismus und Freizeit

Darüber hinaus enthält **Städte- und Gemeinderat** Sonderseiten, die überregional über Produkte und Neuheiten für den kommunalen Markt informieren. Der Leser erhält somit einen Überblick über Aktuelles aus den Bereichen:

- Bürokommunikation
- Umweltschutz
- Nutzfahrzeuge im öffentlichen Dienst
- Müll- und Abfallbeseitigung
- Verkehrswesen
- Landschaftspflege
- Wohnungswesen, Städtebau
- Freizeitanlagen, öffentliche Schwimmbäder
- Kommunale Energieversorgung
- Kreditwesen
- Raumplanung
- Krankenhausbedarf

Mit **Städte- und Gemeinderat** sind Sie abonniert auf Branchen-Information.

Schicken Sie den ausgefüllten Antwortcoupon an Frau Becker, Städte- und Gemeindebund NRW, Kaiserswerther Straße 199-201, 40474 Düsseldorf

Wenn es schneller gehen soll, faxen Sie uns den unterschriebenen Coupon:

FAX: 02 11/45 87-292

☐ Ja, ich möchte **Städte- und Gemeinderat** (inkl. Online-Mitteilungen) kennenlernen! Bitte senden Sie mir die nächsten drei Ausgaben zum **Vorzugspreis von nur € 10,25** (inkl. MwSt. und Versand). Die Lieferung endet mit Zustellung des dritten Heftes und geht **nicht** automatisch in ein Jahresabonnement über.

☐ Ja, ich kenne **Städte- und Gemeinderat** bereits und möchte die Zeitschrift (10 Ausgaben) **im günstigen Jahresabonnement** (€ 78,- inkl. MwSt. und Versand) bestellen.

Name/ Vorname/Firma

Straße

Postleitzahl/Ort

Telefon/Fax

E-Mail

Ich bezahle ☐ per Bankabbuchung ☐ gegen Rechnung

IBAN

BIC

Kreditinstitut

Datum/Unterschrift

Vertrauens-Garantie: Das Abo können Sie innerhalb von 10 Tagen nach Absendung des Bestellcoupons schriftlich bei Frau Becker, Städte- und Gemeindebund NRW, Kaiserswerther Straße 199-201, 40474 Düsseldorf, widerrufen. Rechtzeitige Absendung genügt!

STÄDTE- UND GEMEINDERAT
Die Fachzeitschrift für Kommunal- und Landespolitik in Nordrhein-Westfalen

Unter Druck von allen Seiten

Bürgermeister und Bürgermeisterinnen sind in diesen Tagen nicht zu beneiden. Seit gut einem Jahr reißt der Zustrom von Asylsuchenden nicht ab. Kaum ist das eine leerstehende Bürogebäude hergerichtet zur Unterbringung der Flüchtlinge, stehen schon wieder die nächsten vor der Tür. Und viele aus den Balkanstaaten sind dabei, bei denen praktisch keine Chance auf Anerkennung als politisch Verfolgte besteht.
Die Verwaltungschefs und -chefinnen haben eine schwierige Gratwanderung zu bewältigen. Einerseits gibt es große Hilfsbereitschaft bei den Bürgern und Bürgerinnen und den Willen, sich für die Flüchtlinge einzusetzen. Andererseits wird immer wieder Unmut laut, wenn an einer bestimmten Stelle eine neue Unterkunft für Asylsuchende eingerichtet werden soll. Und wenn man diese an den Ortsrand in ein Gewerbegebiet verlagern will, was jetzt in engen Grenzen möglich ist, regt sich sogleich der Protest der Flüchtlingsorganisationen.
Die sind auch schnell dabei, sich schützend vor die Asylsuchenden zu stellen, wenn diese nach rechtskräftiger Ablehnung ihres Asylantrags unser Land in Richtung Heimat verlassen sollen. Hier ist behutsames Vorgehen und Fingerspitzengefühl seitens der Verwaltungsspitze gefragt.

Klare Worte hingegen sind nötig in Richtung Land und Bund. Nach zwei so genannten Flüchtlingsgipfeln auf NRW-Ebene und solchen auf Bundesebene konnten zwar Verbesserungen erreicht werden. Deren Wirkung - gerade in finanzieller Hinsicht - verpufft jedoch angesichts der weiter steigenden Asylbewerberzahlen.
Zumindest eine Zusicherung haben die Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen vom Land erhalten: Asylsuchende aus den Balkanstaaten, die so gut wie keine Aussicht auf Anerkennung haben, sollen nicht mehr an die Kommunen weitergeleitet, sondern bis zur Rückreise in den Einrichtungen des Landes untergebracht werden. Im Präsidium Anfang Mai haben unsere Bürgermeister und Bürgermeisterinnen NRW-Innenstaatssekretär Bernhard Nebe die Not der Kommunen plastisch vor Augen geführt. Unsere oft vorbildliche Willkommenskultur gibt es nicht zum Nulltarif. Vielerorts stöhnen Bürger und Bürgerinnen über eine kräftige Erhöhung der Grundsteuer. Auch die Erzieher und Erzieherinnen wollen angesichts gestiegener Anforderungen in den Kitas einen ordentlichen Aufschlag. Eine Debatte bleibt uns nicht erspart: welche wünschenswerten Leistungen wir uns überhaupt noch leisten können.

Dr. Bernd Jürgen Schneider
Hauptgeschäftsführer StGB NRW

Bürgermeister und Social Media

v. Frank Scheuerer, 12,8 x 19,4 cm, 102 S., 19,80 Euro, Kommunal- und Schul-Verlag, Reihe Bürgermeisterpraxis ISBN 3-8293-1051-2

Social Media ist aus dem Leben heute nicht mehr wegzudenken. Auch Bürgermeister/innen können diese Art der Kommunikation als Plattform für einen regen Informationsaustausch mit ihren Bürger/innen oder Wähler/innen nutzen. Zudem steht Social Media den Kommunen als Informations-Plattform zur Verfügung. Das Buch enthält einen Überblick über die Arten von Social Media, ihre Nutzungsmöglichkeiten und Grenzen und gibt Hintergrundinformation zu den einzelnen Formen.

Windenergievorhaben und Akzeptanz

Bürgerbeteiligung am Planungsverfahren als integratives Projektmanagement, hrsg. v. d. EnergieAgentur.NRW, A 4, 32 S., im Internet kostenlos herunterzuladen unter www.energieagentur.nrw.de

Die wachsende Anzahl von Windenergieanlagen in NRW macht die Energiewende sichtbar. Doch nicht überall trifft der Bau von Windparks auf Zustimmung. Die Broschüre zeigt den aktuellen Forschungsstand zur Akzeptanz von Windenergie-Projekten auf und zeichnet schrittweise die Verzahnung formeller Planungs- und Genehmigungsverfahren mit dem informellen Beteiligungsverfahren nach. Sie richtet sich in erster Linie an kommunale Planungsbehörden, welche die räumliche Zuordnung der Windenergie steuern wollen und dabei die unterschiedlichen Interessengruppen vor Ort einbinden müssen.

Kleine Kommunen - Groß im Klimaschutz

Die Förderung kleiner und mittlerer Kommunen im Rahmen der Nationalen Klimaschutzinitiative, hrsg. v. Service- und Kompetenzzentrum: Kommunaler Klimaschutz beim Deutschen Institut für Urbanistik, A 4, 52 S., im Internet herunterzuladen unter www.difu.de

Seit dem Start der Nationalen Klimaschutzinitiative im Jahr 2008 hat das Bundesumweltministerium zahlreiche Klimaschutzprojekte in kleinen und mittleren Gemeinden gefördert. In der Broschüre werden acht herausragende Projekte vorgestellt. Darunter ist aus NRW das Projekt „Klimaschutz ist kinderleicht“, mit dem die Stadt Jülich das Energiesparen und damit den Klimaschutz in den städtischen Schulen und Kindergärten nach dem so genannten fifty-fifty-Modell honoriert. Es dient als Beispiel der Projektsparte „Energiesparmodelle in Schulen und Kindertagesstätten“.

Inhalt

69. Jahrgang
Juni 2015

Nachrichten 5

Thema Gesundheitstourismus

Roland Thomas
Gäste- und bürgerorientierte Tourismusentwicklung vor Ort 6

Hans-Joachim Bädorf
Gesundheitstourismus als Arbeits- und Zukunftsfeld von Heilbädern und Kurorten 8

Heike Döll-König
Aktivitäten von Tourismus NRW zum Gesundheitstourismus 11

Stefan Krieger
Boommarkt Gesundheitstourismus am Beispiel von Bad Salzuflen 13

Franz P. Linder
Bewegte Städte durch Integration von Mobilität und Sport 16

Karl Slawinski
Aspekte des Städtebaus beim Gesundheitstourismus in Bad Salzuflen 19

Anja Martin
Betreute Reisen für Menschen mit Einschränkungen, Ältere und Familien 22

Harald Hartlieb
Internetportal zur örtlichen Gesundheitswirtschaft im Rhein-Erft-Kreis 24

Alexandra Cosack, Doris Wattad
Das Projekt „Patientenbegleitung“ für ältere Menschen in NRW 26

Das neue Präsidium des StGB NRW 28

Bücher 30
Europa-News 32
Gericht in Kürze 33

Titelfoto: Tourismus NRW e.V. / Dominik Ketz

Anstieg der Bevölkerungszahl in NRW bis 2025

Die Bevölkerungszahlen in Nordrhein-Westfalen werden länger anwachsen als bisher erwartet. Wie aus der aktuellen Vorausberechnung zur Bevölkerungsentwicklung des statistischen Landesamtes IT NRW hervorgeht, wird die Bevölkerung bis zum Jahr 2025 voraussichtlich von jetzt 17,572 Mio. um rund ein Prozent auf rund 17,737 Mio. anwachsen. Den größten Bevölkerungszuwachs bis 2040 erwarten die Statistiker/innen für die Städte Köln mit 19,3 Prozent, Münster mit 16,6 Prozent, Düsseldorf mit 13,1 Prozent und Bonn mit 12,1 Prozent. Der stärkste Rückgang bis 2040 ergibt sich für den Märkischen Kreis mit minus 19 Prozent, den Kreis Höxter und den Hochsauerlandkreis mit jeweils minus 16 Prozent sowie den Kreis Olpe mit minus 10,9 Prozent.

Neuer Jakobsweg für Pilger/innen von Bielefeld nach Wesel

Westfalen hat einen weiteren Jakobsweg. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) eröffnete am 8. Mai 2015 in der Stadt **Telgte** eine rund 200 Kilometer lange neue Pilgertrasse. Sie führt entlang einer alten Fernhandelsroute von Bielefeld über die Städte **Warendorf,** Münster, **Coesfeld** und **Borken** bis nach **Wesel**. In Westfalen gibt es bereits vier Jakobswege nach historischem Vorbild. Der LWL hat die Strecken wissenschaftlich erforscht und mit der charakteristischen Jakobsmuschel - europaweit einheitlich gelb auf blauem Grund - ausgeschildert. Mit der neuen fünften Route ist die Wiedereinrichtung der Jakobswege in Westfalen abgeschlossen.

Online-Shop für lokale Händler

Die Stadt **Attendorn** plant ein Kaufhaus im Internet. In dem Web-Kaufhaus, das noch in diesem Jahr online gehen soll, können örtliche Einzelhändler/innen ihre Produkte vorstellen und vertreiben. Das Projekt wird von der Industrie- und Handelskammer sowie der Werbegemeinschaft Attendorn unterstützt. Ziel ist es, den lokalen Einzelhandel zu stärken. Lokale Web-Kaufhäuser sind bisher noch selten. Es gibt sie unter anderem für Salzburg, Hamburg, Frankfurt, Wien und Wuppertal. Als Pionier des lokalen Online-Shoppings gilt die Stadt **Rheda-Wiedenbrück**, wo örtliche Händler/innen ihre Waren seit 2012 auf dem gemeinsamen Online-Marktplatz „Mein Rheda-Wiedenbrück“ präsentieren.

Preis für kulturelle Bildung an drei NRW-Städte

Die Städte Aachen, **Jülich** und Solingen sind für ihr kommunales Gesamtkonzept für kulturelle Bildung mit dem Preis „Auf dem Weg zum Kinder- und Jugendkulturland NRW“ ausgezeichnet worden. Die Städte erhielten jeweils 20.000 Euro. Zudem wurden sechs Künstler/innen mit 10.000 oder 5.000 Euro bedacht. Der Preis wurde zum zweiten Mal verliehen und prämiert besonders gelungene Projekte im Bereich der kulturellen Bildung. Wie NRW-Kulturministerin Ute Schäfer bei der Preisverleihung betonte, sei es Ziel der Landesregierung, möglichst allen Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen einen einfachen Zugang zu Kunst und Kultur zu eröffnen. „Nordrhein-Westfalen soll zu einem Kinder- und Jugendkulturland werden“, sagte Schäfer.

Weg frei für interkommunales Industriegebiet newPark

Der Bau des geplanten interkommunalen Industriegebiets newPark in der Nähe der Stadt **Datteln** ist näher gerückt. Der Kreis Recklinghausen hat sich mit dem Besitzer RWE geeinigt und kauft das dafür benötigte Areal für 23,75 Mio. Euro. Auf dem rund 156 Hektar großen Gelände im Norden des Ruhrgebiets soll einer der größten Standorte für neue Industrien in NRW entstehen. An dem landesweit einzigartigen Kooperationsprojekt sind 23 Kommunen und zwei Kreise beteiligt. Obwohl das Land NRW eine Landesbürgschaft für das Industrieareal im vergangenen Jahr angelehnt hatte, will die newPark GmbH das Projekt realisieren. Frühestens ab 2017 sollen dort Unternehmen angesiedelt werden.

Mit dem Fahrrad auf den Spuren der Salzproduktion

Eine neue Fahrradroute durch die Kreise Soest, Unna und Paderborn führt Radler/innen zu den Stätten der historischen Salzproduktion. Der 77 Kilometer lange Radweg verbindet den Kurpark in der Stadt **Unna**, Ortsteil Königsborn, mit dem „Kütfelsen“ in der Stadt **Salzkotten**. Entlang der Strecke zeugen Gradierwerke, Solequellen und Salinen von der Salzhistorie der Hellwegregion. Das im Februar 2015 eröffnete Erlebnismuseum Westfälische Salzwelten in der Stadt **Bad Sassendorf** ist ebenfalls in die Radroute integriert. Die Salzproduktion gilt als älteste Industrie Westfalens und hat insbesondere die Hellwegregion mehrere hundert Jahre geprägt. Die heilende Wirkung der Sole spielt bis heute in der westfälischen Gesundheitswirtschaft eine wichtige Rolle.

Bald Ausbildung von Mediziner/innen in Ostwestfalen-Lippe

Insgesamt 60 Studierende der Ruhr-Universität Bochum (RUB) werden ab dem Wintersemester 2016/2017 ihre klinische Ausbildung in Ostwestfalen-Lippe absolvieren. Mit der Unterzeichnung der Kooperationsverträge sind das Johannes Wesling Klinikum Minden, das Klinikum Herford, das Krankenhaus der Stadt **Lübbecke-Rahden** und die Auguste Victoria Klinik in der Stadt **Bad Oeynhausen** nun offiziell Partner der RUB. Die dezentrale Mediziner/innenausbildung nach dem Bochumer Modell in Ostwestfalen-Lippe wird von der NRW-Landesregierung dauerhaft mit sechs Mio. Euro pro Jahr unterstützt. NRW- Wissenschaftsministerin Svenja Schulze hofft, dass die Studierenden nach ihrem Examen in der Region weiterhin ärztlich tätig sind und so dem Mangel an Ärzten und Ärztinnen entgegenwirken.

FOTO: RÖMER-LIPPE-ROUTE

Heimat teilen

▲ *Auf der Römer-Lippe-Route können Fahrradtourist(inn)en entlang des Flusses radeln und gleichzeitig die römische Geschichte der Region erkunden*

Gäste- und bürgerorientierte Tourismusentwicklung vor Ort

Um Tourismus zu einem stabilen Wirtschaftsfaktor zu machen, brauchen Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen eine klare Strategie und das Engagement ihrer Bewohner/innen

Nordrhein-Westfalen gehört nicht zu den touristischen Selbstläufern. Die Städte und Gemeinden im Land müssen demnach klären, welche Bedeutung sie im Rahmen ihrer Stadtentwicklung und Wirtschaftsförderung dem Tourismus beimessen. Kaum eine Kommune kann allein auf Tourismus setzen. Ein Branchenmix reduziert vielmehr die Abhängigkeit von Lagegunst, Konjunktur - und schlicht vom Wetter.

Kommunale Strategien zur Tourismus- oder Wirtschaftsförderung müssen folglich auf Verträglichkeit der Wirtschaftszweige untereinander setzen. Die Wirtschaftsbereiche sollten sich inhaltlich oder räumlich so wenig wie möglich stören respektive behindern. Im Idealfall können sie mit dem Tourismus thematisch in Einklang gebracht werden. Als Beispiele seien die Route der Industriekultur im Ruhrgebiet genannt oder Regionen, die den Wein-Tourismus fördern. In Konfliktfällen müssen klare Prioritäten gesetzt werden.

DER AUTOR

Roland Thomas ist Hauptreferent für Wirtschaft und Verkehr beim Städte- und Gemeindebund NRW

Eine kommunale Tourismusstrategie muss zudem die Verträglichkeit der Zielgruppen im Auge haben. Nicht jede(r) Besucher/in verbindet mit der Anwesenheit touristische Zwecke. Und viele Tourist(inn)en werden nur einzelne, spezielle Angebote nachfragen, ohne das gesamte Angebot erleben und (mit-)bezahlen zu wollen.

Diskussion um Kurtaxe Besonders deutlich wird dies an der Diskussion, die viele Kurorte führen müssen. Sie bieten in der Regel eine umfangreiche gesundheitsorientierte und kulturelle Infrastruktur sowie Dienstleistungen an, die jede(r) Urlauber/in vor Ort über die Kurtaxe mitfinanzieren muss. Während es den Wandernden auf Sylt in der Regel plausibel gemacht werden kann, dass sie für ein akzeptables Wegenetz Beiträge entrichten müssen, wird sich das Verständnis der Wind- und Kite-Surfenden vor der Küste Westerlands dafür eher in Grenzen halten.

Gästeorientierung darf nicht zulasten der Bürgerorientierung gehen. Die Einwohner einer Kommune sind immer noch ihre wichtigste Zielgruppe. Auch dürfen sie sich nicht als „Bewohner/innen zweiter Klasse“ fühlen. Touristische Angebote sind also immer auch unter dem Blickwinkel von Verbesserungen für die eigene Bevölkerung zu entwickeln. In diesem Zusammenhang darf der Konkurrenzkampf von Städten und Ge-

meinden um qualifizierte Arbeitnehmer/innen nicht unterschätzt werden. Angebotsvielfalt bei Freizeit und Naherholung sowie sportliche und kulturelle Attraktivität werden immer stärker zum Standortfaktor.

Vielfältige Bausteine Tourismus hat - insbesondere aus kommunaler Sicht - nur als Qualitätstourismus eine Zukunft. Selbst Berge und Seen reichen für sich als Besucher/innenmagnet nicht mehr aus. Das touristische Profil einer Kommune erwächst vielmehr aus ihrer eigenen Geschichte, ihrer Einbindung in den Raum, aus den Traditionen und Eigenarten ihrer Bürger und Bürgerinnen. Erreichbarkeit und Mobilität vor Ort sind Grundvoraussetzungen für ein gäste- und bürgerorientiertes touristisches Angebot.
Verlässlichkeit, Komfort und Sicherheit gehen vor Schnelligkeit. Informationen in Internetpräsentationen, Broschüren und anderen Medien müssen leicht verständlich sein und sich auf das Wesentliche konzentrieren. Leitsysteme für Wandernde, Radfahrende, Fußgänger/innen und Ähnliches müssen stimmig, einfach und durchgängig sein. Folgende Bausteine einer Tourismusstrategie sind jeweils ortsspezifisch auszubauen:

- **Nachhaltigkeit:** Die Kommunen in Deutschland können mit der Umweltthematik offen umgehen. Sie sind im Normalfall nicht Ziel von Flug oder Fernreisen. Eine Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist meistens möglich. Eine saubere und gesunde Umgebung macht in der Regel das Urlaubserlebnis erst möglich. Straßen, Wege und Plätze sind attraktiver, wenn Besucher/innen und Einheimische ohne Lärm- und Geruchsbelästigung in Straßencafés sitzen und durch Ladenzeilen oder an historischen Kulturstätten vorbei spazieren können.

- **Demografische Entwicklung und Barrierefreiheit:** Senioren sind eine touristische Zielgruppe, bei der das subjektive Wohlbefinden eine besondere Rolle spielt. Begleitetes und medizinisch betreutes Reisen wird immer wichtiger und sorgt für neue Beschäftigungschancen in gesundheitsorientierten Fremdenverkehrsorten. Die Nachfrage sichert auch viele Arbeitsplätze in Kultur und Unterhaltung, Wellness, Sport, Freizeitimmobilienmanagement sowie im Kurwesen.
Barrierefreiheit ist nicht nur für behinderte Menschen Voraussetzung eines selbstbestimmten Lebens und eines stressfreien Urlaubs. Auch wer im Alltag mit Rollator, E-Scooter oder Kinderwagen, schwerem Reisegepäck oder dem Wochenendeinkauf unterwegs ist, weiß es zu schätzen, wenn die Wege gut erkennbar, kurz und ohne Stufen sind, wenn Fahrpläne verständlich sind - und die Menschen hilfsbereit.

- **Städte- und Kulturtourismus:** Ansatzpunkte für eine touristische Entwicklung liegen hier insbesondere in der Steigerung der Übernachtungszahlen sowie bei der interkommunalen Kooperation.

- **Gesundheits- und Kurtourismus:** Insbesondere der Kurtourismus als eine der ältesten Tourismusformen erlebt derzeit weltweit eine Renaissance. Dabei wollte das Land die Begriffe „Kur“ und „Bad“ vor zehn Jahren per Gesetz ganz abschaffen. Zum Glück konnten Städte- und Gemeindebund NRW sowie Heilbäderverband NRW dies in einer gemeinsamen Anstrengung verhindern.

- **Freizeit und Tagestourismus:** Freizeit und Tagestourismus hängen eng zusammen. Dem Freizeit- und Entertainmentbereich fällt künftig eine Schlüsselfunktion bei der Attraktivitätssteigerung von Städten zu.

- **Thementourismus - Wandern, Radfahren, Sport:** Der Wandertourismus ist so modern wie selten zuvor. Auch Radfahren liegt im Trend. Dies kann für den kommunalen Tourismus nutzbar gemacht werden. Eine Stadt kann Ziel oder Etappe im Rahmen eines Wander- oder Fahrradurlaubs sein. Hier wird ein Schwerpunkt auf Kooperationen liegen.
Radfahren in der touristisch orientierten Kommune kann den Gästen ermöglichen, mehr zu sehen und die Umgebung unmittelbar zu erleben. Das Fahrrad kann touristisch sogar völlig von seiner ursprünglichen Funktion als Fortbewegungsmittel entkoppelt werden, indem es als Sportgerät vermarktet wird. Regional können auch andere Sportarten wie Reiten oder Golfspielen touristische Schwerpunkte bilden.

- **Familientourismus:** Kommunen haben Familien als einer speziellen Reisegruppe viel zu bieten, weil sie bereits für die heimi-

FOTO: RUHR TOURISMUS / JOCHEN SCHLUTIUS

▶ *Informationen über touristische Angebote sollten leicht verständlich und bequem zugänglich sein*

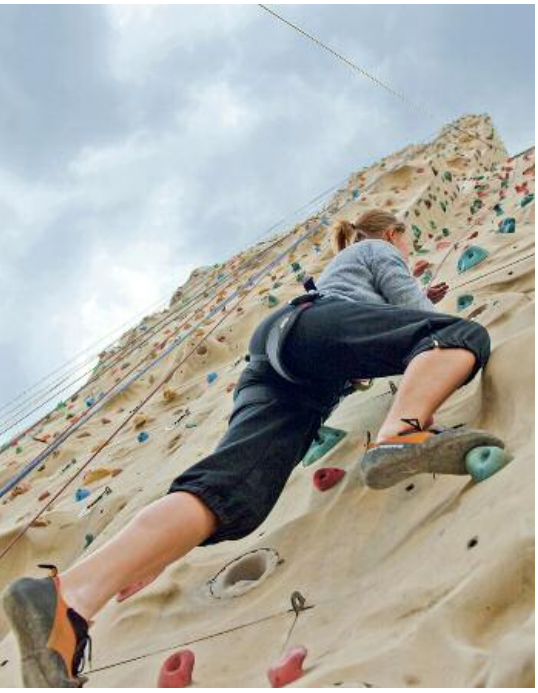


FOTO: TOURISMUS NRW E.V. / OLIVER FRANKE

◀ *Immer mehr Menschen suchen auch im Urlaub die sportliche Herausforderung wie beispielsweise Klettern*

schen Familien eine Infrastruktur bereithalten. Hier ist einerseits das Augenmerk auf Angebote zu richten, die das gemeinsame Familien-Erlebnis möglich machen - beispielsweise Bootsfahrten, günstige Familientarife in Thermen und Hallenbädern oder Mitmach-Angebote in Freilichtmuseen. Andererseits ist dann die Entspannung der Eltern sichergestellt, wenn sie ihre Kinder gut versorgt wissen. Die Kids werden sich auch gern an einen Urlaub erinnern, in dem sie zeitweise ohne Aufsicht der Eltern auf Entdeckungstour gehen konnten.

Delegieren und motivieren Kommunalverwaltung und Tourismusmanagement können und sollen nicht alles selbst machen. Vielmehr müssen Kommunalverwaltungen verstärkt Impulsgeber für privates bürgerschaftliches Engagement sein. Die Folgen politischen Handelns sind „vor Ort" am deutlichsten spürbar. Bürgerinnen und Bürger wissen um ihre Möglichkeiten der Einflussnahme und nehmen sie aktiv wahr.
Menschen, die ihren Ort mitgestalten, empfinden ihn als Heimat. Ideenvielfalt und Motivation lokaler Anbieter bewirken die Einzigartigkeit des touristischen Angebots. Identifikation mit der Region, Verbundenheit mit dem Wohn- und Lebensmittelpunkt sowie Heimatgefühl müssen die Professionalität des örtlichen Tourismusmanagements ergänzen und auf diese Weise das touristische Produkt abrunden.

Zusammenarbeit in der Region Nicht jede Gemeinde braucht eine eigene Therme. Da die Herausforderungen, welche die Städte und Gemeinden zu bewältigen haben, nicht mehr an Verwaltungsgrenzen halt machen und Lösungen nicht mehr allein „in Sichtweite des Kirchturms" zu finden sind, müssen die Kommunen zusammenarbeiten.
In touristischen Arbeitsgemeinschaften kann beispielsweise die Kooperation von Städten und Gemeinden in der Region weiterentwickelt werden. Die Bildung solcher Regionen kann einerseits über die einzigartige geschichtliche, kulturelle, landschaftliche oder gesellschaftliche Authentizität erfolgen, andererseits auch über das Reisemotiv - etwa Fahrradreisen oder Gesundheitstourismus. Dadurch können in einer Region mehr spezialisierte und auf Dauer wirtschaftlich tragfähige Infrastruktur-Einrichtungen bereitgestellt werden.

Gesundheitstourismus als Zukunftsfeld des Bäderwesens

Heilbäder und Kurorte in NRW, die durch den Strukturwandel im Gesundheitssystem Einbußen hinnehmen mussten, spüren wieder Aufwind durch den Tourismus mit Schwerpunkt Gesundheit

Die Heilbäder und Kurorte in ganz Deutschland und auch in Nordrhein-Westfalen sahen sich in den vergangenen Jahren zu einer Neuorientierung gezwungen. Grund war die so genannte Gesundheitsreform, die gravierende, weiter unheilvoll wirkende Einschnitte in dem Bereich der von Krankenkassen übernommenen Kuren gebracht hat.

DER AUTOR

Hans-Joachim Bädorf ist geschäftsführender Vorsitzender des Verbandes Deutscher Kneippheilbäder und Kneippkurorte sowie Geschäftsführer des NRW Heilbäderverbandes e.V. und der Gesundheitsagentur NRW GmbH

Auf der Suche nach Zukunftsfeldern lag es nahe, diejenigen Gäste und Kund(inn)en in den Mittelpunkt zu rücken, die bereit sind, ihren Aufenthalt ganz oder teilweise privat zu finanzieren. Dennoch ist der Bereich zwischen „Wellness" - ein unbestimmter Begriff, aber wichtiger Faktor für die Entscheidung zu Kurzreisen - und der klassischen „Kur", die auf Wochen ausgelegt, medizinisch fundiert, erfolgreich ist und auch bei reduzierten Zahlen für die Zukunft unverzichtbar bleibt, ein weites, fruchtbares Feld. Dieses gilt es zu bestellen.
Dies haben die Heilbäder und Kurorte in Nordrhein-Westfalen, unterstützt vom Landesheilbäderverband (NRW HBV) und dessen operativer Tochter, der Gesundheitsagentur NRW (GA NRW), in jüngster Zeit getan. Dabei waren sie in unterschiedlichen Bereichen aktiv.

FOTOS (3): DOMINIK KETZ

◀ *Yoga-Kurse locken gesundheitsbewusste Urlauberinnen und Urlauber zu den weltbekannten Externsteinen im Teutoburger Wald*

Brücke Medical Wellness Anders als der landläufige Wellnessbegriff lässt sich Medical Wellness eher beschreiben und führt den klaren Bezug zur medizinischen Kompetenz schon im Namen. Denn gerade bei einer frei gewählten und selbstfinanzierten Auszeit sollte dieser Bezug nicht fehlen.
Wie sich zeigt, nehmen die Interessenten diesen engen Bezug durchaus wahr. Ihnen ist oft wichtig, ihrer Auszeit Tiefe und „Alltagstauglichkeit" zu geben, deren Wirkung so lange anhält, bis wieder eine Gelegenheit kommt, sich der täglich wachsenden, meist beruflichen Anspannung für kurze Zeit zu entziehen.
Für Heilbäder und Kurorte ist dabei wichtig, die Angebote so auszustatten und durch Werbung bekannt zu machen, dass die zum Erfolg unabdingbaren „Großen Drei" - Entspannung, Ernährung und Bewegung - wie mit leichter Hand und mit „Freiwilligkeits-Option" eingestreut werden, ohne mit erhobenem Zeigefinger daherzukommen.

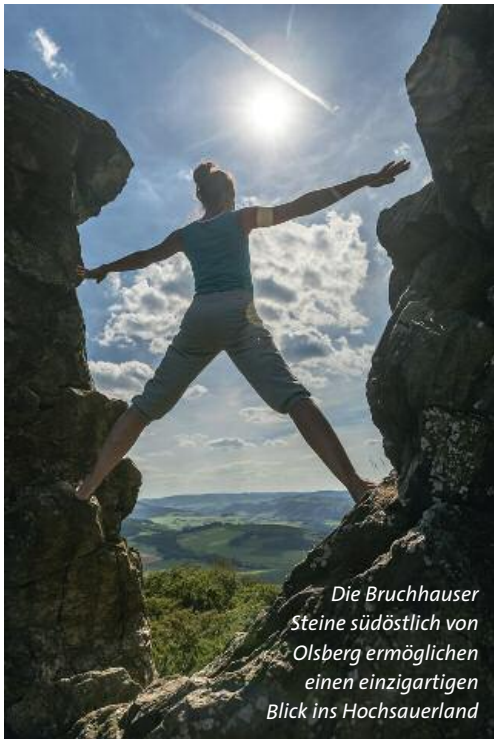
Gütesiegel erfolgreich Zur Öffnung dieses Marktsegments und zur Erschließung einer entsprechenden Marketingplattform haben NRW HBV und GA NRW vor mehreren Jahren für Nordrhein-Westfalen exklusiv das Gütesiegel „Medical Wellness Stars" eingeführt. Damit ausgezeichnete Einrichtungen finden sich beispielsweise in den Thermen und bei speziell ausgerichteten Leistungsträgern im Bereich bedeutender Heilbäder und Kurorte von NRW. Gleichzeitig eröffnet dieses Gütesiegel auch weitere Bereiche der „Wellness" - nicht zuletzt im Zusammenhang mit Hotelaufenthalten.
Eine Bestätigung dieses Schritts lieferte neben dem Zuspruch der Kund(inn)en auch eine Überprüfung der Gütesiegel im Wellnessbereich durch die Stiftung Warentest im Herbst 2014. Dabei führten die „Medical Wellness Stars" die Spitzengruppe der von der Stiftung als „hilfreich" angesehenen Gütesiegel und Marketingverbünde an.

Schwerpunkt Prävention Bei der Neuausrichtung der Bäderkommunen spielten auch die Auswirkungen des demografischen Wandels eine Rolle. Denn dieser führt sowohl zu einer Verlängerung der Lebensarbeitszeit als auch der Zeit selbstbestimmten Lebens. Dies machte es nötig, den Schwerpunkt auf die gesundheitliche Prävention zu legen.
Um in diesem Bereich auch zukünftig gut aufgestellt zu sein, haben sich die Heilbäder und Kurorte Nordrhein-Westfalens über die Gesundheitsagentur als Impulsgeber in ein gemeinsames Förderprojekt mit Tourismus NRW und den gesundheitstouristisch bedeutsamen Regionen des Teutoburger Waldes und des Sauerlandes eingebracht. Ziel der ambitionierten, von Fachkompetenz bis in den letzten Punkt begleiteten „Präventionswerkstatt NRW" ist es, Nordrhein-Westfalen mit einer präventionsorientierten Gesundheitsmarke im großen Bieterfeld vor Konkurrenten aus anderen Bundesländern ganz vorn zu platzieren.
Die aus weit über 100 Beiträgen herausgefilterten Angebote - teils über einen Wettbewerb akquiriert - „beackern" das Feld von Entspannung, Ernährung und Bewegung auf intelligente Art und bescheren den Anbietenden auf mittlere Sicht erfreuliche Zuwachsraten. Für die Projektpartner gilt es nun - auch über neue Förderphasen - den erreichten Stand zu pflegen und mithilfe neuer Ideen auszubauen.

Kurzreisen im Aufwind Präventionsaufenthalte, die bereits jetzt hauptsächlich auf die Heilbäder und Kurorte entfallen wegen deren medizinischer und therapeutischer Kompetenz, sind schon in der Vergangenheit in ihren Leistungen und in ihrer Ausprägung als Kurzaufenthalt von den Krankenkassen bezuschusst worden. Nachdem dieses Angebotsspektrum in den zurückliegenden Jahren von manchen - unberechtigterweise - mit Skepsis betrachtet wurde, schickt sich nun der Gesetzgeber an, just die Bedeutung dieses Ansatzes zu unterstreichen.
Wohl noch in diesem Jahr wird der Bundestag ein Bundes-Präventionsgesetz verabschieden. Damit könnten die Bemühungen von Heilbädern und Kurorten um Präventionsangebote neue Dynamik erhalten, und der gesamte Bereich des Gesundheitstourismus bekäme zusätzlich Rückenwind.

Impulsgeber Demografie Als Auslöser für die Entwicklung neuer Präventionsangebote bringt der demografische Wandel einmal die gesellschaftliche Notwendigkeit, zur Aufrechterhaltung des Lebensstandards den Bürgerinnen und Bürgern eine längere Lebensarbeitszeit abzuverlangen. Das erfordert bei jedem oder jeder einzelnen verstärkte Anstrengungen, um möglichst lange im Besitz guter gesundheitlicher Kondition zu bleiben.
Diese Anstrengungen wirken sich auch im nicht-beruflichen Alltag vorteilhaft aus. Sie erhalten dadurch einen Bezug zur Selbstfinanzierung, die vom Staat zukünftig wesentlich stärker gefördert werden muss - etwa über ein Präventionsgesetz. Denn dem Wandel der Arbeitswelt eine sozialverträgliche Struktur zu geben, liegt auch im originären Interesse des Staates.
Neben diesem eher indirekten Resultat demografischer Veränderung stellen sich die Bemühungen der Älteren um ihre Gesundheit auch nach dem Ausscheiden aus dem Arbeitsprozess sicherlich als direkte Folge dar, wenn sie etwa über Vorbeugungsmaßnahmen eine höhere Qualität der ihnen verbleibenden Lebenszeit erreichen wollen.

> **Erholung besteht nicht in Untätigkeit noch in bloßem Sinnengenuss, sondern im Wechselgebrauch unserer Körper- und Geisteskräfte.**
>
> Karl Julius Weber (1767-1832)
> Schriftsteller



Die Bruchhauser Steine südöstlich von Olsberg ermöglichen einen einzigartigen Blick ins Hochsauerland

Kompetenz der Heilbäder Auch solche Maßnahmen sind der vorbeugenden Prävention - der so genannten Primärprävention - zuzuordnen. Dafür bieten sich von der Kompetenz und der Infrastruktur her am ehesten die Heilbäder und Kurorte an - gerade in NRW. Das gilt jedoch gleichermaßen für Maßnahmen der so genannten Sekundär- und Tertiärprävention, bei denen es um Verhinderung von Rückfällen oder das Vermeiden einer Verschlimmerung von Krankheitsbildern geht.
Auch in diesen Bereichen mit direktem Bezug zur älter werdenden Gesellschaft sind die Heilbäder und Kurorte mit ihrer Kompetenz gefordert. Sie müssen sich aber auch von der Sorge befreien, dass sie wegen der Fokussierung auf ältere Menschen in der Außenwahrnehmung auf überkommene Stereotypen reduziert werden könnten. Wer über Präventionsangebote beispielsweise versucht, einen Burnout zu verhindern, kümmert sich dabei eher um die jüngere Generation. Die gleichzeitigen Bemühungen um ältere und kranke Menschen konterkarieren dies aber nicht.

Kuren für Pflegende Nichts unterstreicht diese Feststellung deutlicher als der aktuelle Ruf nach Gesundheitsleistungen, die teils direkt, teils indirekt durch den demografischen Wandel induziert sind. Gemeint ist die Pflege durch Angehörige. Ohne sie lässt sich das System der Pflege älterer Menschen schon heute nicht mehr aufrechterhalten. Und ihre Anzahl wird mit der Zunahme der Pflegebedürftigen weiter ansteigen.
Ansteigen werden damit auch die außerordentlichen physischen und psychischen Belastungen der pflegenden Angehörigen - Belastungen, die ihrerseits zum gesundheitlichen Risiko werden. Dem muss dringend vorgebeugt werden - und zwar mit Auszeiten im direkten Kontakt zur pflegebedürftigen Person, für den das Verantwortungsgefühl lebt.
Für solche „Koppel- Aufenthalte" sind die Heilbäder und Kurorte in höchstem Maße prädestiniert. Denn auch sie sind im weiteren Sinne gesundheitstouristisch ausgerichtet, und der NRW HBV wird sich diesem anspruchsvollen Feld und dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe gemeinsam mit seiner GA NRW verstärkt zuwenden.

Heilmittel des Orts Bei der Arbeit an diesen Marktsegmenten können die Heilbäder und Kurorte für die Bereiche Entspannung, Ernährung und Bewegung immer wieder aus der ganzen Kraft und Stärke ihrer ortsgebundenen und ortstypischen Heilmittel schöpfen. Diese werden mit hohem medizinischen und therapeutischen Sachverstand sowie in geprüfter Qualität angewendet.
So können bei diesen Angeboten beispielsweise die Solequellen von Bad Sassendorf und Bad Salzuflen ebenso wie das Naturmoor in Bad Meinberg punkten, wenn es darum geht, den Rücken und den Bewegungsapparat zu stärken. Auf ein starkes Herz und einen ausgeglichenen Kreislauf zielen die modernen Kneipp-Angebote aus dem Sauerland wie auch der Eifel. Wer mit Belastungen der Atemwege etwa durch Allergien zu kämpfen hat, dem hilft das Heilklima - beispielsweise im Bergischen Land - oder die reine, vollkommen unbelastete Luft in den unterirdischen Heilstollen des Sauerlandes.

Bewegungsfreudige kommen in der Freiluftsaison im Kurpark Bad Salzuflen auf ihre Kosten

Stark bei Übernachtungen Diese Anstrengungen haben dazu geführt, dass die nordrhein-westfälischen Heilbäder und Kurorte bei den Übernachtungen in NRW wiederum einen Anteil von gut 30 Prozent für sich verbuchen konnten. Sie generieren damit nach dem Städte-, Business- und Kulturtourismus einen Großteil der Übernachtungszahlen.
Ein solches Ergebnis konnte nur unter großen Anstrengungen, in mühsamer Arbeit und über eine konzeptionelle Neuorientierung erzielt werden. Der Heilbäderverband NRW und die ihm angegliederte Gesundheitsagentur tun alles, damit dieser Stand bewahrt und möglichst ausgebaut werden kann.

Kundenwerbung in NRW Zukünftig wird es noch mehr Aufgabe sein, über die Vielfalt der Angebote in Heilbädern und Kurorten auch die NRW-Kund(inn)en als „Landeskinder" anzusprechen. Sie stehen für einen „Quellbereich", um den NRW von anderen Bundesländer beneidet wird und den sie uns abspenstig machen wollen.
Jedoch haben die Bürger und Bürgerinnen von Nordrhein-Westfalen wie in keinem anderen Teil Deutschlands die Möglichkeit, ihre nachhaltige Auszeit, ihre Zeit der Erholung vom Alltag in Heilbädern und Kurorten zu verbringen, die „ganz nahe bei" liegen und in einer Autofahrt von längstens dreieinhalb Stunden von jedem Ort Nordrhein-Westfalens aus zu erreichen sind.
Die Angebotsentwicklung in den angeschlossenen Orten und bei ihren Leistungsträgern bestätigt den Aktions- wie Maßnahmenkatalog von Gesundheitsagentur und Heilbäderverband NRW sowie die vielfältigen Anstrengungen in den Heilbädern und Kurorten. Wenn man weiter auf den von Karl Julius We ber postulierten „Wechselgebrauch der menschlichen Körper- und Geisteskräfte" für den Erholungseffekt setzt - mittels kluger und attraktiv strukturierter Angebote für gesundheitstouristische Aufenthalte -, dann besetzt man gleichzeitig ein für die Gesellschaft der Zukunft vielfach wichtiges Thema.

Weitere Informationen im Internet:
www.wellness-stars.de
www.nrw-gesund.info
www.gesundheitsagentur-nrw.de

FOTOS (3): TOURISMUS NRW E.V. / DOMINIK KETZ

Der Hennesee im Sauerland ermöglicht Jung und Alt sowohl Entspannung als auch Bewegung

Zipperlein ade

Zur Gesundheit nach Nordrhein-Westfalen reisen

In dem wachsenden Markt Gesundheitstourismus will sich das Land NRW mit Angeboten aus dem Bereich Prävention profilieren und bietet dafür Kommunen sowie Unternehmen Unterstützung an

Der Tourismus in Nordrhein-Westfalen ist auf kontinuierlichem Erfolgskurs. 2014 kamen erstmals 21,2 Millionen Gäste in das Bundesland. Auch die Anzahl der Übernachtungen stieg mit 47,9 Millionen auf einen neuen Rekordwert. Besonders häufig kommen die Reisenden zu einem Städteurlaub, einem Kurztrip zu Events und besonderen Veranstaltungen oder zu einer Geschäftsreise nach Nordrhein-Westfalen.

Ein wichtiges Thema, dessen Potenzial es noch weiter auszunutzen gilt, ist der Bereich Gesundheitstourismus. Neben den klassischen gesundheitstouristischen Angeboten in den Bereichen „Kur und Wellness“ zeigt sich in den vergangenen Jahren eine verstärkte Nachfrage der Gäste nach gesundheitstouristischen Angeboten im Bereich Prävention.

Auch die Voraussetzungen für einen Gesundheitsurlaub in NRW sind ideal. Das Land verfügt über exzellente medizinische Kompetenz, hochqualifiziertes Fachpersonal, eine herausragende Bäderinfrastruktur sowie Landschaften mit hohem Erholungswert und auch therapeutischem Wert. Daher wurde im „Masterplan Tourismus Nordrhein-Westfalen“ - der strategische Rahmen für die touristische Entwicklung des Landes - das zukunftsträchtige Thema „Gesundheit“ als Schwerpunkt definiert.

Vorsorge als Anreiz Tourismus NRW hat in den zurückliegenden Jahren gemeinsam mit der Gesundheitsagentur NRW und den in Nordrhein-Westfalen gesundheitstouristisch bedeutenden Destinationen Teutoburger Wald und Sauerland das Erlebnis.NRW-Förderprojekt „Präventionswerkstatt“ umgesetzt. Ziel war es, das Land erfolgreich auf einem der wichtigsten Zukunftsmärkte im Deutschlandtourismus zu positionieren, innovative Angebote für den präventiven Gesundheitsurlaub zu entwickeln und mit einer rein präventionsorientierten Gesundheitsmarke eine besondere Position im Deutschlandtourismus zu erringen.

Dabei hat das Projekt „Präventionswerkstatt“ die Bereiche Gesundheit und Tourismus auf neuartige Weise miteinander verknüpft. Die Entwicklung von Handlungsempfehlungen und Leitfäden zur Erstellung und Vermarktung gesundheitstouristischer Urlaubsangebote erfolgte erstmals wissenschaftlich fundiert. Zum einen geschah dies über Expert(inn)enkreise - so genannte Think Thanks, in denen Touristiker/innen, Hoteliers und Reiseveranstalter/innen mit Ärzten und Ärztinnen, Therapeut(inn)en sowie Ernährungswissenschaftler(inne)n zusammenkamen. Zum anderen wurden Workshops mit innovativen Anbietern vor Ort durchgeführt. Die Leitfäden stehen al-

DIE AUTORIN

Dr. Heike Döll-König ist Geschäftsführerin von Tourismus NRW e.V.

len interessierten Akteuren im Land zur Verfügung.
Weiterhin wurden im Rahmen des Projekts Erfolg versprechende Gesundheitsangebote in einer Bestandsanalyse erfasst. In einem Innovationswettbewerb wurden gezielt gesundheitstouristische und medizinisch-therapeutische Anbieter ermittelt. Aus insgesamt 125 Beiträgen wählte eine Fachjury die 50 besten Angebote aus. Diese wurden anschließend in intensiven Beratungen vor Ort professionalisiert sowie zur Marktreife gebracht.

Buchen übers Internet Alle Gesundheitsangebote sind auf der neuen Internetplattform www.nrw-gesund.info buchbar. Dort finden sich Arrangements aus den Bereichen Ernährung und Übergewicht, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes, Rückenbeschwerden, Schlafstörungen und Burn Out-Prävention. Alle Angebote haben einen ganz besonderen Zugang zum Thema „Gesundheit".
In Bad Driburg im Teutoburger Wald etwa setzen die Gesundheitsexperten und -expertinnen unter anderem auf ein maßgeschneidertes Bodyweight-Training zur Stärkung des Rückens. Dabei wird Naturmoor zur Regeneration der tiefen Muskelschichten eingesetzt. In Schmallenberg im Sauerland finden gestresste Menschen beispielsweise Ruhe in der reinen Luft der Heilstollen. Und im Ruhrgebiet können Gäste mit Lamas wandern und von der Ruhe und Ausgeglichenheit der exotischen Tiere lernen für die Bewältigung ihres Alltags.

Mit diesem Dreiklang aus Beratung, innovativer Produktentwicklung und Vermarktung bringt die „Präventionswerkstatt" gesundheitstouristischen und gesundheitswirtschaftlichen Anbietern nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg - und zwar saisonunabhängig. Das Projekt fördert die kleinen und mittelständischen Hotelbetriebe in den Partnerregionen in Nordrhein-Westfalen sowie spezialisierte Anbieter von Gesundheitsreisen und Unternehmen aus der Gesundheitswirtschaft.
Außerdem konnten neue Marktsegmente und Zielgruppen für den Gesundheitstourismus wie auch für die Gesundheitswirtschaft erschlossen werden. All dies zeigt: Zielgerichtete Tourismusentwicklung leistet auch einen wirksamen Beitrag zur Stärkung der Wirtschaftskraft in den Regionen.

◀ *Gesundheitstouristische Angebote im Bereich Prävention gewinnen in Kurorten zunehmend an Bedeutung*

▲ *Im Ruhrgebiet können Gäste rund im die Zeche Zollverein mit Lamas wandern*

PREIS FÜR PRAKTIKUMSBÖRSE

Die von der Stadt Gütersloh initiierte Europäische Praktikumsbörse ist vom Institut für europäische Partnerschaften und internationale Zusammenarbeit (IPZ) mit dem Europapreis für das beste Jugendprojekt 2014 ausgezeichnet worden. IPZ-Vorstandsmitglied **Josef Poqué** (Foto 4. v. links) übergab den Preis am 5. Mai 2015 an Bürgermeisterin **Maria Unger** (5. v. links) und EU-Referent **Jörg Möllenbrock** (links). Dabei waren auch Vertreter/innen und Schüler/innen der beteiligten Schulen aus Gütersloh sowie der französischen Partnerstadt Châteauroux. Im Rahmen der Europäischen Praktikumsbörse haben Schüler/innen ab 15 Jahre die Möglichkeit, den beruflichen und gesellschaftlichen Alltag im Ausland kennenzulernen. An dem Netzwerk beteiligen sich Partnerstädte und Schulen in sieben Ländern.

FOTO: STADT GÜTERSLOH

FOTO: WOLFGANG LUDEWIG / PIXELIO.DE

Erlebnis Heilung

Boommarkt Gesundheitstourismus - Perspektiven für Bad Salzuflen

▲ *Dank der salzhaltigen Luft genießt Bad Salzuflen bundesweit einen guten Ruf als Heilbad*

Angesichts der zunehmenden Alterung der Gesellschaft gewinnt Reisen mit Blick auf die Gesundheit zunehmend an Bedeutung - bei großer Bereitschaft, dafür auch eigenes Geld auszugeben

Die Perspektiven für den Gesundheitstourismus könnten nicht besser sein. Sämtliche Rahmenbedingungen, langfristige Entwicklungslinien und Trends weisen darauf hin, dass gesundheitsförderliche Reisen und Aufenthalte bereits heute einen Massenmarkt mit weiterem Wachstumspotenzial darstellen. Für viele Heilbäder und Kurorte, die sich der neuen Nachfrage aktiv zuwenden, bieten sich dadurch große Chancen. Diese Situation hat auch die Stadt Bad Salzuflen erkannt und betreibt eine konsequente Neuaufstellung des Gesundheitsstandortes.

DER AUTOR

Stefan Krieger
ist Kurdirektor in der Stadt Bad Salzuflen

Gesundheit ist laut dem Werte-Index 2014, den das Trendbüro zusammen mit TNS Infratest alle zwei Jahre erhebt, inzwischen der wichtigste Wert der Deutschen. Seit Jahren erlebt das Thema in der öffentlichen und medialen Wahrnehmung einen deutlichen Bedeutungszuwachs. Alles spricht dafür, dass sich diese Entwicklung über die kommenden Jahre mit zunehmender Dynamik verstärkt:

- Der demografische Wandel führt zu einer erheblichen Steigerung alterstypischer Erkrankungen. Im Durchschnitt nehmen diese bis 2030 um 30 Prozent zu. In einer gealterten Bevölkerung gibt es zahlreiche chronisch Kranke, deren Reiseverhalten von der Versorgung am Urlaubsort abhängen wird. Dies alles führt in der Bevölkerung - bereits weit vor dem Auftreten von Erkrankungen - zu einem höheren Gesundheitsbewusstsein und größerer Aufgeschlossenheit für dieses Thema.
- Durch den Lebensstil bedingte Risikofaktoren erfordern Prävention und gesundheitsförderliches Verhalten. Die wichtigsten sind Bewegungsmangel, Gelenkbelastung durch falsches Sitzen, Über-, Mangel- und Fehlernährung, mentaler Stress, mangelndes soziales Netz, mediale Reizüberflutung, verkürzte Schlafzeiten, erhöhte Lärmbelastung und vieles mehr. Sie alle führen zu körperlichen und psychischen Beeinträchtigungen und Wohlstanderkrankungen aller Art.
- Auch der Wandel der Rahmenbedingungen wird dem Gesundheitstourismus förderlich sein. So rückt bei einer Gesellschaft im demografischen Wandel die Gesunderhaltung stärker in den Mittelpunkt des Interesses. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen verändern sich bereits. Ziel des neuen Präventionsgesetztes ist Gesundheitsförderung und Krankheitsvermeidung. Deshalb sollen die Lebens- und Arbeitsbedingungen so gestaltet werden, dass sie die Gesundheit unterstützen. Das gilt auch für das betriebliche Gesundheits-

management und die betriebliche Gesundheitsförderung, die weiter ausgebaut werden sollen.
- Der technologische Wandel mit der damit einhergehenden Digitalisierung führt zu völlig neuen Anwendungsmöglichkeiten der Versorgungs-, Medizin- und Kommunikationstechnologie. Neue Angebote und Vertriebsformen im Gesundheitstourismus entstehen durch Gesundheits-Apps und internetbasierte Diagnostik, Training und Therapie - nicht zuletzt durch die Verbindung von Urlaub und wohnortgebundenen Angeboten.
  Bereits 22 Prozent der Deutschen nutzen nach einer Umfrage der IKK Classic 2014 ein Smartphone, um sich über Gesundheit zu informieren. Zwölf Prozent haben Fitness- oder Ernährungsapps installiert. Weitere 24 Prozent haben noch keine Gesundheitsapps installiert, wollen dies aber in naher Zukunft tun.

Gesundheitsreisen populär Nach einer deutschlandweiten Untersuchung der Unternehmensberatung PROJECT M mit 15.000 Befragten repräsentativ über alle Altersgruppen hat knapp ein Drittel der Bevölkerung in den zurückliegenden drei Jahren mindestens eine Gesundheitsreise unternommen. Im Durchschnitt hat jede(r) Gesundheitsreisende nicht nur eine, sondern sogar 2,3 Reisen unternommen. 30 Prozent der Gesundheitsreisenden haben in den vergangenen drei Jahren sogar drei oder mehr Gesundheitsreisen unternommen.
Fast 60 Prozent der Gesundheitsreisenden gaben gesundheitliche Gründe für ihre Gesundheitsreisen an. 85 Prozent aller Gesundheitsreisen führten in Heilbäder und Kurorte. Bedeutende Heilbäder und Kurorte in Nordrhein-Westfalen wie beispielsweise Bad Salzuflen, Bad Sassendorf oder Bad Oeynhausen profitieren bereits heute von dieser Entwicklung.

FOTO: KARL SLAWINKSI

◀ *Der große Kurpark von Bad Salzuflen wird zurzeit neu gestaltet*

Fast 40 Prozent der Deutschen haben ein festes Interesse daran, in den kommenden drei Jahren eine Gesundheitsreise durchzuführen. Bei denjenigen mit Gesundheitsreiseerfahrung ist das Interesse noch deutlicher. Hier haben mehr als drei Viertel ein klares Interesse. 54 Prozent der in den zurückliegenden drei Jahren durchgeführten Gesundheitsreisen waren komplett selbst finanziert.

Zuschuss nicht entscheidend Mehr als die Hälfte der Interessenten an Gesundheitsreisen (52 Prozent) ist bereit, die Gesundheitsreise komplett selbst zu finanzieren, weitere 32 Prozent würden sich an der Finanzierung einer Gesundheitsreise bei Bezuschussung durch Krankenkassen, Arbeitgeber und Ähnliche beteiligen. Lediglich 14 Prozent sind nur dann bereit zu einer Gesundheitsreise, wenn diese vollständig von der Krankenkasse bezahlt wird.
Aufgrund unterschiedlicher Motivationen und Bedürfnisse stellt sich der gesundheitstouristische Markt äußerst differenziert dar. Vom Gesundheitszustand und der Motivlage der Reisenden aus betrachtet lassen sich zwei Bereiche unterscheiden, bei denen entweder Urlaubsmotive oder gesundheitliche Motive im Vordergrund stehen.

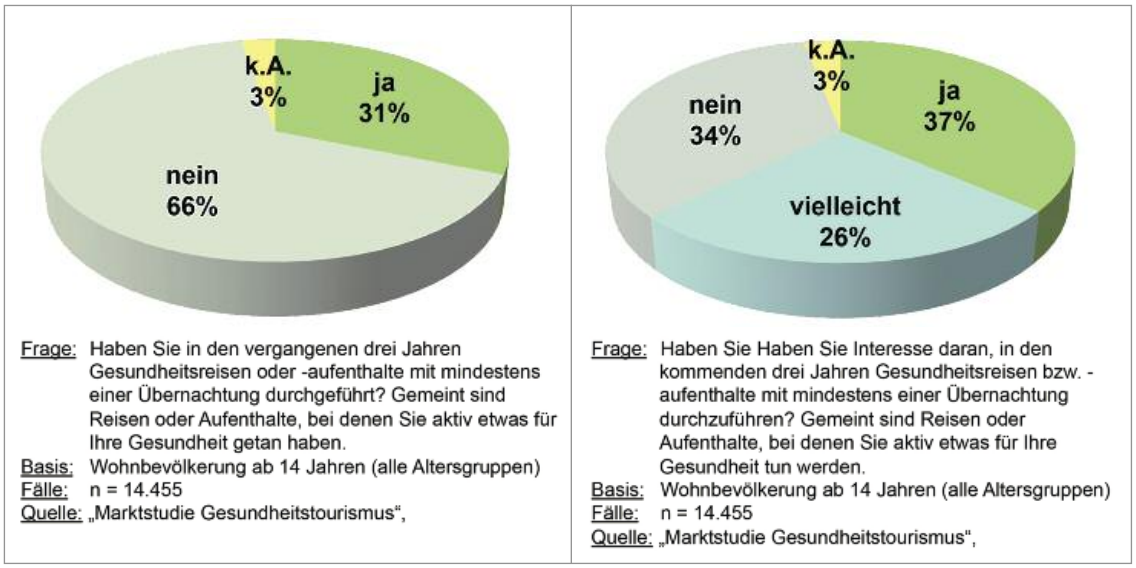
Gesunde ohne Indikation Gesundheit spielt als Bestandteil des eigenen Lebensstils im Rahmen von Reisen entweder eine ergänzende Rolle - in Gestalt eines willkommenen und zunehmend verkaufsfördernden Mehrwerts - oder steht gar im Mittelpunkt der Reiseentscheidung:

- **Urlaub und Reisen mit gesundheitlichem Mehrwert:** Gesundheitsreisen in diesem Bereich beziehen sich auf Reisemotive wie etwa Erholung und Aktivsein und besitzen keine primäre gesundheitliche Zielsetzung. Gesundheit stellt jedoch in diesem Bereich einen wichtigen Mehrwert dar. Beispiele dafür sind Wellness-, Genuss- und Aktivurlaube mit gesundheitlichem Mehrwert.
- **Reisen zu Gesundheitsvorsorge und Steigerung der physischen oder mentalen Leistungsfähigkeit:** Im Mittelpunkt steht die Primärprävention mit den Zielen der Krankheitsvermeidung, Gesunderhaltung und dem Aufbau von Kompetenzen für eine gesundheitsfördernde Lebensweise, die in Urlaubsangeboten aufgegriffen werden. Auch die Steigerung der Leistungsfähigkeit - etwa durch Meditation im psychischen und Lauftraining im physischen Bereich - gehört dazu.

Menschen mit Indikation Bei Gästen, bei denen ein gesundheitliches Problem oder eine entsprechende Diagnose vorliegt, kann das Thema Gesundheit primäres oder sekundäres Reisemotiv sein respektive eine Notwendigkeit darstellen:

- **Urlaub und Reisen für Personen mit Einschränkungen und chronischen Erkrankungen:** Diese Zielgruppe wünscht einen „ganz normalen Urlaub". Allerdings benötigt sie eine gesundheitliche Versorgung oder Absicherung vor Ort, welche direkt auf ihre Einschränkung zugeschnitten ist - etwa Urlaub und Aufenthalt für chronisch Kranke wie beispielsweise Allergiker/innen oder Menschen mit Nahrungsmittel-Unverträglichkeit in Bad Salzuflen, Bad Hindelang, im Schmallenberger Sauerland, im Ferienland Schwarzwald oder im Ostseebad Baabe.
- **Gezielt gesundheitsorientierte Reisen bezogen auf die jeweilige Indikation und im Rahmen der Sekundär- oder Tertiärprävention:** Bei diesen Angeboten stehen während eines Aufenthalts die Themen Früherkennung, Verhinderung der Verschlimmerung oder des Wiederauftretens einer Erkrankung im Vordergrund. Daher ist bei diesen Angeboten eine medizinisch-therapeutische Begleitung einzubinden.
- **Rehabilitation sowie Heilung/Linderung:** Patientenreisen in spezialisierte Kliniken, gezielte Eingriffe und Ähnliches.

Perspektiven für Bad Salzuflen Der Gesundheitstourismus ist somit bereits heute ein Massenmarkt mit erheblichem Wachstumspotenzial. Nicht nur Kassenpatient(inn)en reisen mit gesundheitlicher Motivation und Zielsetzung. Vielmehr sind mehr als die Hälfte der Gesundheitsreisenden reine Selbstzahlende. Hauptreiseziele sind die mit Prädikaten gut ausgestatteten Heilbäder und Kurorte in Deutschland.
Grundvoraussetzung für den Erfolg ist eine konsequente Spezialisierung. Prädikat und Heilmittel stellen nur begünstigende Fakto-



SCHAUBILDER: PROJEKT M 2014

▲ *Knapp ein Drittel der Deutschen hat bereits Erfahrung mit Gesundheitsreisen, und das Interesse daran wächst*

ren dar, reichen jedoch nicht mehr aus. Von zentraler Bedeutung ist die Entscheidung für ein oder wenige gesundheitlich relevante Schwerpunktthemen. Der Aufbau eines wirksamen Profils zu einem Schwerpunktthema dauert oft - je nach Voraussetzungen des Ortes - mehrere Jahre und gelingt nur bei konsequenter Umsetzung in allen Bereichen der Marktbearbeitung.

Bad Salzuflen hat aufgrund der naturräumlichen und klimatischen Voraussetzungen, der therapeutisch ausgerichteten Infrastruktur sowie vor allem der hohen medizinisch-therapeutischen Kompetenz im Ort beste Voraussetzungen im Zukunftsmarkt des Gesundheitstourismus. Hinzu kommt die einzigartige Nähe zu bevölkerungsstarken Quellgebieten. In Kurzreise-Entfernung von 120 Auto-Minuten leben fast 20 Mio. Menschen.

Wandel im Staatsbad Vor diesem Hintergrund stellt sich die Stadt gerade neu auf. Der Kurpark wird derzeit neu gestaltet, neue Konzepte für die Wandelhalle und weitere Kureinrichtungen werden umgesetzt. Die Staatsbad GmbH entwickelt neue Geschäftsfelder und Angebote. Damit wird das Staatsbad wieder zum führenden Heilbad in NRW, die Gesundheitsstadt wird für die Bürgerinnen und Bürger umgesetzt.

Der Erfolg stellt sich dann - das zeigen die Erfahrungen einiger Vorreiter - nicht nur durch steigende Gäste- und Übernachtungszahlen ein. Vielmehr werden die Attraktivität, Lebensqualität und Standortqualität entscheidend erhöht. Bad Salzuflen betreibt damit in Zeiten des demografischen Wandels Standortsicherung und Standortentwicklung. Davon profitieren wiederum alle im Ort: Einwohner/innen, Immobilienwirtschaft, Einzelhandel und Gewerbe. Die Förderung des Gesundheitsstandorts ist somit Tourismusförderung wie auch Standortförderung, Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung.

GESUNDHEITSPORTAL FÜR VERWALTUNGEN

Angesichts von Personalknappheit und steigender Arbeitsverdichtung müssen auch Verwaltungen gesundheitliche Risiken ihrer Mitarbeiter/innen minimieren. Das neue Internetportal www.die-gesundheitsimpulse.de bietet öffentlichen Verwaltungen zahlreiche Anregungen für die eigene Arbeit im Gesundheitsmanagement sowie Möglichkeiten zum Austausch und zur Vernetzung. Im Fokus steht eine Sammlung von Modellen guter Praxis aus Verwaltungen des Bundes, der Länder und der Kommunen. Erstellt wurde das Portal von der Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e.V.

DEUTSCHES AUSSCHREIBUNGSBLATT
Das Auftragsportal.

eVergabe

mit "Vergabeservice" – so einfach wie ein Handschlag

- Veröffentlichung von Bekanntmachungen und Vergabeunterlagen
- Digitale Angebotsabgabe
- Eigene Bieterdatenbank mit Gewerkeverschlüsselung und Nachweismanagement
- Webbasierend – einfach und sicher
- Erweiterbar durch das Modul Vergabemanagement inkl. TVgG-NRW
- Lizenzkostenfrei
- Erfüllt die EU-Vergaberichtlinien 2016

JETZT KOSTENLOS REGISTRIEREN!
› www.deutsches-ausschreibungsblatt.de

▲ *Breite Fahrrad- und Fußgängerwege fördern die Freude an der Bewegung bei jungen wie alten Menschen*

Bewegte Städte durch Integration von Mobilität und Sport

Die beste Methode, die Zivilisationskrankheit Bewegungsmangel zu bekämpfen, ist der Umbau der öffentlichen Infrastruktur, sodass sich alle darin gern bewegen und dabei auch Spaß haben

Städtebau, Nahversorgung, Grünanlagen, Sport- und Freiräume und nicht zuletzt das Verkehrsangebot sowie die Verkehrsinfrastruktur sind die entscheidenden materiellen Parameter, die das Verkehrsverhalten der Menschen bestimmen. Ist das Wohnumfeld bewegungsfreundlich, wird man sich häufig zu Fuß oder mit dem Fahrrad fortbewegen.

Das Mobilitätsverhalten ist also weniger von individuellen Werten und Einstellungen geprägt, sondern richtet sich vielmehr nach den infrastrukturellen Bedingungen. Die Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen e. V. (AGFS) hat mit ihrer neuen Broschüre „Bewegte Städte - Ideen für eine bewegungsaktivierende Infrastruktur“ auf Grundlage aktueller Fakten und Forschungsergebnisse eine überfällige Diskussion über Mobilität, Infrastruktur und Bewegung angestoßen.

Förderung und Erhaltung der physischen und psychosozialen Gesundheit nehmen gesellschaftlich und individuell einen immer höheren Stellenwert ein - und mit ihr der Wunsch nach körperlicher Aktivität. Dies beeinflusst schon längst das Freizeit- und Urlaubsverhalten vieler Menschen.

Bewegungsvermeidung Paradoxerweise ist der Alltag hierzulande von einem gegenläufigen Trend gekennzeichnet. Über alle Generationen und sozialen Schichten hinweg leiden die Menschen inzwischen unter einem ausgeprägten Bewegungsmangel. Wir haben uns zu einer „sitzenden Gesellschaft“ entwickelt. Der immer größere Anteil sitzender Tätigkeiten bei der Arbeit und Zeitmangel tragen ebenso dazu bei wie eine autoorientierte Infrastruktur und eine Alltagsgestaltung, die eher auf Bewegungsvermeidung als auf ihre Aktivierung ausgerichtet ist.

Dies hat ernste Konsequenzen für die Gesundheit und bislang noch kaum abzuschätzende Folgen und Folgekosten. Evolutionsbedingt braucht der Mensch Bewegung. Bei einem Mangel an Bewegung bildet er das aus, was gemeinhin als Zivilisationskrankheiten bezeichnet wird.

Generell erreicht nur eine Minderheit der Bevölkerung ein ausreichendes Bewegungspensum (Robert Koch-Institut 2013, 766 u. 770). Während besonders junge Erwachsene zwischen 18 und 29 Jahren und Menschen ab 50 Jahren verstärkt auf aus-

DER AUTOR

Franz P. Linder ist Inhaber der P3 Agentur für Kommunikation und Mobilität sowie des Planerbüros Südstadt in Köln

reichend Bewegung achten, gibt es vor allem in der Gruppe der 30- bis 49-Jährigen starke Defizite. Als Gründe dafür werden vor allem Stress im Beruf (33 Prozent) und private Verpflichtungen (26 Prozent) genannt (Techniker Krankenkasse 2013).
Körperliche Bewegung mit Maß und Ziel empfiehlt aber der Kölner Sportwissenschaftler Dr. Achim Schmidt als das Allheilmittel schlechthin für fast alle modernen Zivilisationskrankheiten (Schmidt 2014, 2). Gute körperliche Fitness durch regelmäßige sportliche Aktivität kann sogar biologische Alterungsprozesse verlangsamen. In einer amerikanischen Studie wurde die Elastizität der Blutgefäße von 30-Jährigen und von 60-Jährigen verglichen. Während die Jüngeren die Älteren im Testverfahren übertrafen, konnte bei den trainierten 60-Jährigen kein Unterschied zu ihrer 30-jährigen Vergleichsgruppe festgestellt werden. Das Alter ihrer Gefäße war also deutlich geringer als das Alter, das in ihren Pässen stand (Halle 2012, 86).

Infrastruktur anpassen Entscheidend für die Lösung des Problems, dem sich Politik, Verwaltung, Unternehmen, Sportvereine sowie öffentliche Institutionen und Organisationen gleichermaßen stellen müssen, ist eine zentrale Erkenntnis: Einzelne Maßnahmen, Kampagnen oder Programme zur Bewegungsförderung greifen besser, wenn die Verkehrsinfrastruktur in hohem Maße fußgänger- und fahrradfreundlich und damit bewegungs-, spiel- und sportaktivierend ist.
Insofern kommt es darauf an, die Erkenntnisse und Konzepte zu verknüpfen sowie konsequent und interdisziplinär auf eine nachhaltige Veränderung hinzuarbeiten. Wenn die „Veralltäglichung“ von Bewegung gelingt, entsteht daraus ein Hebelfaktor mit einem hohen individuellen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Nutzen.
Die AGFS hat in ihrer Broschüre „Nahmobilität 2.0“ einen konzeptionellen Ansatz beschrieben, der Bedeutung und Funktion der Nahmobilität neu definiert sowie einen Perspektivenwechsel in der Ausgestaltung der verkehrlichen oder straßenräumlichen Infrastruktur nahelegt. Erklärtes Ziel von „Nahmobilität 2.0“ ist es, Städte und Gemeinden zu hochwertigen Lebens- und Bewegungsräumen zu machen, die ein Optimum an Bewegungsmöglichkeiten und -motivation für Fuß- und Radverkehr sowie freizeitsportliche Bewegung bieten.

Anreiz zur Bewegung Plädiert wird für eine „neue“ Verkehrs- und Freizeitinfrastruktur, die allein schon aufgrund ihrer bewusst einladenden Ausgestaltung und Dimensionierung „bewegungsaktivierend“ wirkt, die körperliche Aktivität - sprich: Zufußgehen, Radfahren, Bewegung, Spiel und Sport - selbstverständlich macht. Dabei soll Bewegung nicht erzwungen werden, sondern Ausdruck eines neuen Selbstverständnisses und Gesundheitsbewusstseins sein.
Neue Trends in den Bereichen Mobilität und Sport unterstützen dieses Verhalten. Je nach Stimmung, Zeitaufwand, Fitness und Wetterlage kann Bewegung zwischen Haustür, Haltestelle und Bürotür nach Belieben eingebaut werden. Hightech-Fahrräder, Elektro-Fahrräder oder Falträder und Funktionskleidung, die längst alltags- und bürotauglich geworden ist, setzen der Spontaneität kaum noch Grenzen. Die so genannten Casual- oder Ad-hoc-Sportler/innen möchten dann Sport treiben, wenn ihnen der Sinn danach steht, und nicht unbedingt an festen wöchentlichen Terminen.
Auch auf eine bestimmte Sportart möchten sie sich oft nicht mehr festlegen. Deshalb weichen sie gerne auf Outdoor-Angebote, Aktivurlaub oder kommerziell betriebene Sportanlagen aus oder lassen sich spontan - zum Beispiel im Park - zum Mitmachen hinreißen (Huber et al. 2014, 55 ff.). Abseits von Action und Bestzeiten finden sich diejenigen, für die Sport der Gesunderhaltung und Regeneration dient. Hier sind zum Beispiel Mentaltraining, Meditation und Yoga die Trends. Ziele sind hierbei individuelle Erfahrung und Weiterentwicklung sowie die Bewältigung von Stress im Alltag (Huber et al. 2014, 74).

Neues Leitbild nötig Um hier die Weichen richtig zu stellen, kommt es darauf an, städtebaulich und verkehrsplanerisch ein neues Leitbild zu etablieren, das am „Maßstab Mensch“ ausgerichtet ist. Kerngedanke dieses Leitbilds ist es, Städte und Gemeinden zu hochwertigen „Lebens- und Bewegungsräumen“ zu transformieren, die aktiv zum Bewegen einladen und in denen körperliche Aktivität ungehindert, sicher und mit Spaß stattfinden kann.
Weil ausreichende Bewegung eine wichtige Voraussetzung für mehr Gesundheit und Lebensenergie ist, muss sie ohne zusätzlichen Aufwand flexibel in den Alltag zu integrieren sein. Sportanlagen müssen dezentral dort zur Verfügung stehen, wo Menschen sie am einfachsten benutzen können. Sie müssen ergänzt werden durch Bewegungsgelegenheiten in Parks und auf öffentlichen Plätzen, an Haltestellen des ÖPNV sowie in oder an öffentlichen Gebäuden. Verbunden durch fußgänger- und fahrradfreundliche Straßen entsteht auf diese Weise ein gut vernetztes, jederzeit verfügbares Bewegungsangebot.
Das Ziel, mehr Sport in den Alltag zu integrieren, hat sich auch NRW-Familienministerin Ute Schäfer, seit Januar 2015 Vorsitzende der Sportministerkonferenz, gesteckt. Mit der Initiative „Sport to go“ soll die „Trimm-dich“-Bewegung neu belebt werden. Der Plan geht dahin, mit einfachen Geräten wie etwa Reckstangen für Klimmzüge schnell und unkompliziert niedrig-

FOTO: P3 AGENTUR

▶ *Frei zugängliche Sportanlagen laden zum gemeinsamen Spiel ein*

schwellige Bewegungsgelegenheiten für Kinder und Senioren zu schaffen - zum Beispiel beim Warten auf den Bus, beim Aufenthalt in Parks oder auf Bolzplätzen. Dieses Konzept hat sich in anderen Ländern wie Brasilien oder Spanien bereits etabliert.

Die Broschüre „Städte in Bewegung" bietet Anregungen zu einer bewegungsaktivierenden Infrastruktur

Lebensqualität steigt Diese integrative Betrachtung von Nahmobilität, Gesundheit, Freizeit und Sport ist ein Schlüsselfaktor für die Lebensqualität in den Kommunen. Über die Verkehrsfunktion hinaus werden vielfältige weitere Nutzungen zugelassen und wirksame Anreize gesetzt, sodass sich Menschen oft und gerne in ihren Städten und Gemeinden bewegen. Wenn langfristig diese Art von Sport- und Bewegungsinfrastruktur ganz selbstverständlich überall zu finden und gesellschaftlich akzeptiert ist, wird auch Bewegung selbstverständlich werden. In den Niederlanden etwa ist das Radfahren für viele keine bewusst getroffene Entscheidung. Denn durch die Allgegenwart von Radwegen, Abstellanlagen und anderen Radfahrenden ist die Fortbewegung auf zwei Rädern eine Alltagskultur, die von allen sozialen Schichten und Altersgruppen geteilt wird. Auf dieselbe Weise kann Bewegung durch eine attraktive und motivierende Infrastruktur selbstverständlich werden.

Bündel von Maßnahmen Echte Veränderungen - das zeigen vielfältige Projekte aus dem In- und Ausland - brauchen deutlich mehr als Worte: ein ganzes Bündel komplexer, zielgerichteter Maßnahmen, um das erwünschte Verhalten aktiv zu fördern. Wichtig ist dabei die Erkenntnis, dass nicht nur das Individuum, sondern alle gemeinsam Verantwortung tragen als Gestaltende und Entscheidende in der Kommune, als Arbeitgeber, als Städte- und Verkehrsplaner/innen, als in der Schule Verantwortliche(r) oder als Elternteil.

Der ideale Ort, um das Leitbild „Stadt als Lebens- und Bewegungsraum" zu realisieren, ist das Quartier. Quartiere sind einerseits überschaubar, andererseits aber auch vielfältig. Damit bieten sie ein hohes Potenzial, unterschiedliche Menschen in ihrem Alltag zu erreichen, Maßnahmen auszuprobieren, zu evaluieren sowie gegebenenfalls anzupassen und zu verfeinern.

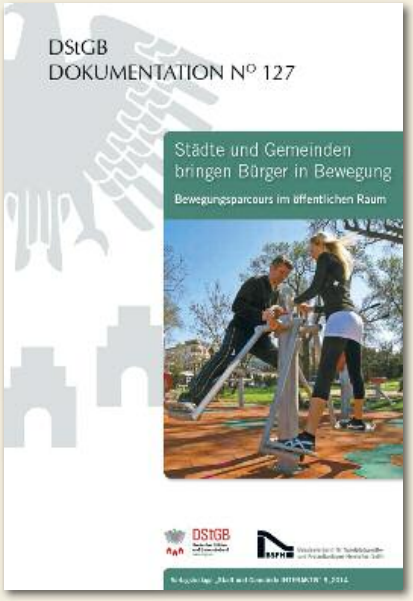
In der Summe ihrer Eigenschaften bieten Quartiere alle Voraussetzungen, um die verkehrlichen, gesundheitsförderlichen und sozialpolitischen Ziele möglichst schnell, effizient und kostengünstig zu realisieren. Bereits einfache Maßnahmen entfalten hier oftmals eine große Wirkung und können die Lebens- sowie Bewegungsqualität rasch nachhaltig verändern.

BUCHTIPP

STÄDTE UND GEMEINDEN BRINGEN BÜRGER IN BEWEGUNG

Bewegungsparcours im öffentlichen Raum, Hrsg. Deutscher Städte- und Gemeindebund (DStGB) sowie Bundesverband der Spielplatzgeräte- und Freizeitanlagen-Hersteller (bsfh), A 4, 28 S., DStGB-Dokumentation Nr. 127, Verlagsbeilage „Stadt und Gemeinde INTERAKTIV" 9/2014, im Internet herunterzuladen unter www.dstgb.de

Regelmäßiger Sport beugt Krankheiten vor, fördert das individuelle Wohlbefinden, baut Stress ab und erhöht die Lebensqualität. Als Sport- und Bewegungsraum kann die ganze Stadt genutzt werden: Parks und Grünflächen ebenso wie Bewegungsparcours, die von Alt und Jung, Sportlichen oder Unsportlichen gleichermaßen zu begehen sind. In der Dokumentation wird aufgezeigt, wie Sport und Bewegung im öffentlichen Raum gefördert werden können. Laufende Projekte werden vorgestellt, und es werden Tipps zur Errichtung eines Bewegungsparcours gegeben. Auch unterschiedliche Finanzierungsmöglichkeiten kommen zur Sprache.



LITERATUR

Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Städte, Gemeinden und Kreise in Nordrhein-Westfalen e.V. (AGFS) (2015): Städte in Bewegung - Ideen für eine bewegungsaktivierende Infrastruktur". Broschüre im Internet zu bestellen unter www.agfs-nrw.de

Halle, M. (2012). Zellen fahren gerne Fahrrad. Mit gesunden Gefäßen länger jung bleiben. München: Wilhelm Goldmann Verlag.

Huber, M., Kirig, A. u. Muntschick, V. (2014). Sportivity. Die Zukunft des Sports. Frankfurt: Zukunftsinstitut.

Robert Koch-Institut (2013). Körperliche Aktivität. Ergebnisse der Studie zur Gesundheit Erwachsener in Deutschland. Bundesgesundheitsblatt - Gesundheitsforschung - Gesundheitsschutz, 56(5-6), S. 765-771.

Schmidt, A. (2014). GesundBewegen. Köln.

Techniker Krankenkasse (2013). Beweg Dich, Deutschland! Abgerufen am 04. 02. 2015 von http://www.tk.de/centaurus/servlet/contentblob/568892/Datei/113810/TK_Studienband_zur_Bewegungsumfrage.pdf

FOTOS (4): KARL SLAWINSKI

Wohltuender Nebel

▲ *Die neu gestaltete Fußgängerzone am Schliepsteiner Tor in Bad Salzuflen soll noch mehr Tourist(inn)en in die Stadt locken*

Aspekte des Städtebaus beim Gesundheits-Tourismus in Bad Salzuflen

Die Stadt Bad Salzuflen bemüht sich, das städtebauliche Erbe aus Salzproduktion und Kurbetrieb zu bewahren und für eine touristische Ausrichtung in Richtung Wellness nutzbar zu machen

Anhand der Entwicklung der Stadt Bad Salzuflen in der Gesundheitsregion Naturpark Teutoburgerwald-Eggegebirge, dem so genannten Heilgarten Deutschlands, können die Aspekte des Städtebaus beim Gesundheitstourismus gut verdeutlicht werden. Immerhin ist dieser Kurort einer von acht Preisträgern des Innovationswettbewerbs „Gesund in NRW“ im Jahr 2013.

Der Ursprung der Stadt Bad Salzuflen, die seit 1488 Stadtrecht besitzt, liegt im 11. Jahrhundert mit der Salzgewinnung aus Sole.

DER AUTOR

Dr.-Ing. Karl Slawinski ist Architekt und Stadtplaner sowie Beigeordneter a.D.

Die Entwicklung der Bäder und die Industrialisierung im 19. Jh. lösten durch neue Siedlungsräume und Verkehrsachsen außerhalb der Stadtmauern die Stadtgrenzen auf. 1922 forderte der damalige Stadtbaumeister Ernst Buhr daher einen Generalbebauungsplan, den der Hannoveraner Architekt Prof. Ernst Vetterlein erstellte.

Nach diesem Plan wurde erstmals zwischen den Funktionen eines Quartiers - Wohnen, Arbeiten, Freizeit, Kur - unterschieden, auf die Landschaft Rücksicht genommen und auf die für einen Badeort geeignete Gestaltung Wert gelegt. Die damals realisierte Bäderarchitektur nach dem Leitbild der Gartenstadt prägt heute noch im Wesentlichen das Stadtbild von Bad Salzuflen.

Badebetrieb seit 1818 Als besondere Entwicklungsimpulse für die Stadt Salzuflen können demnach die ursprüngliche Salzgewinnung und der erste Badebetrieb in einem Pumpenturm auf dem Salzhof seit 1818 genannt werden. Seitdem beeinflusste die Kurentwicklung stark die Nutzungsstrukturen im Stadtkern und in dessen Umgebung. Nachdem 1913 das Salzwerk stillgelegt wurde und sich seit 1914 die Stadt Bad Salzuflen nennen durfte, setzte Ernst Buhr 1926 den Abbruch des Salzwerkes durch. Dort sollte ein zentraler Platz namens „Salzhof“ entstehen. Seit der Neugestaltung 1985-87 ist dieser ein multifunktionaler Platz für Märkte, Stadtfeste, den Weihnachtsmarkt und Ähnliches.

Am Salzhof beginnt die Fußgängerzone in der „Einkaufsstraße Lange Straße“, die bis zu den Gradierwerken und dem anschließenden Kurbereich führt. Den Salzhof berührt ebenso die Grünachse entlang des Flusses Salze, die aus dem Salzetal und dem Landschaftsgarten kommend durch Kurpark und Stadtkern am Salzhof vorbeifließt. Diese beiden sich im Salzhof schneidenden Achsen prägen den Stadtkern und wurden bis heute bewahrt. Der Stadtplaner Dr. Ru-

ZUR SACHE

Gradierwerke sind sechs bis acht Meter hohe und mehrere Dutzend Meter lange Holzgestelle, gebaut ursprünglich zur Salzgewinnung. In dem Holzgestell befinden sich Reisigbündel, über die von oben schwach salzhaltiges Wasser geleitet wird. Dabei setzen sich Schwebstoffe auf den Reisern und ihren Dornen ab, und durch Verdunstung steigt der Salzgehalt der Sole. Somit muss beim Versieden zur Salzgewinnung weniger Brennmaterial eingesetzt werden. Heute werden Gradierwerke zu Kurzwecken genutzt. Denn der feine Salzwassernebel, der beim Durchströmen der Reisigbündel entsteht, wirkt beim Einatmen heilend und abschwellend auf die Atemwege - ähnlich wie Seeluft.

dolf Hartog hatte in der Planung zur Gebietsreform 1969 und im neuen Flächennutzungsplan 1973 sowohl diese einmalige Situation wie auch den direkten Übergang vom historischen Stadtkern über den Kurpark in die freie Landschaft manifestiert.

Masterplan und Konzepte Diese städtebaulichen Ziele wurden im „Masterplan Innenstadt“ (2008) sowie in den Entwicklungskonzepten „Historischer Kurbereich (2006) und „Aktive Innenstadt“ (2009) nochmals verankert. Auf der Grundlage dieser Konzepte wird derzeit der Historische Kurbereich und der Historische Stadtkern mit 80 Prozent Städtebaufördermittel aufwändig saniert.
Demnach sind die im neuen Flächennutzungsplan zur Gebietsreform formulierten Entwicklungsziele für den Kurort immer noch aktuell. Hierzu zählt die verkehrsberuhigte Innenstadt, die Freilegung und Erlebbarkeit der Salze im historischen Stadtkern, der direkte Übergang des Kurbereichs zur Innenstadt und die Erweiterung des Kurparks über den Landschaftsgarten mit Kurparksee bis in die freie Landschaft als Alleinstellungsmerkmale.
Trotz dieser weitsichtigen städtebaulichen Planungsansätze seitens der Kommune lag die Planungshoheit für die Kureinrichtungen lange nicht in den Händen der Stadt. Das Staatsbad gehörte mehrheitlich dem Landesverband Lippe, ehemals Fürstentum Lippe. Bedingt durch die wirtschaftliche Rezession 1974/75 hatte die Stadt 1980 das Staatsbad aufgefordert, die zukünftige Entwicklung und die strukturellen Veränderungen aufzuzeigen. 1993 hatte die Stadt selbst ein Stadtentwicklungskonzept „Kur“ erarbeitet, und 1999 hatte der Rat einen Stadtentwicklungsplan „Kur“ - ausgearbeitet vom Institut DWIF aus München mit intensiver Bürgerbeteiligung - als kommunalen Handlungsrahmen und Leitlinie beschlossen.

Prognosen widerlegt Allerdings konnte die zukünftige Entwicklung des Kurorts mit diesen Planungen nicht wirksam gesteuert werden, da die Stadt nur mit 40 Prozent an der Staatsbad Salzuflen GmbH beteiligt war. Die vom Staatsbad erarbeiteten Ziele mit mehr Kliniken, mehr Kurgästen aus der Rentenversicherung, Senioren als wirtschaftlichem Potenzial und vieles mehr griffen aber nicht wirklich. Investitionen in den Klinikbau blieben aus, und die Schließung einiger Kliniken war nicht zu verhindern. Die Pflege der Kureinrichtungen wurde auf ein Minimum beschränkt.
Erst nachdem die Stadt 2003 das Staatsbad vollständig übernommen hatte, war es möglich, ein städtebauliches Handlungskonzept „Historischer Kurbereich“ zu erstellen und 2006 ein 52 Hektar großes Sanierungsgebiet per Satzung zu beschließen. Entscheidend für eine wirksame Planung war, dass die Entwicklungskonzepte „Kurbereich“ und „Aktive Innenstadt“ in ein gesamtstädtisches Stadtentwicklungskonzept (STEP 2020) integriert waren. Dieses wurde 2010 vom Rat beschlossen mit den begleitenden Fachgutachten für Verkehr und Landschaft als Grundlage für einen neuen Flächennutzungsplan, der zurzeit aufgestellt wird.
Alle städtischen Planungen zielen auf die Umstrukturierung des Kurortes hin zu einer Gesundheits- und Erholungsstadt mit touristischer Ausrichtung. Hierzu gehören die Attraktivierung des Erlebnisraums Kurort/Stadt und die Bewahrung der örtlichen Alleinstellungsmerkmale. Dazu gehört auch der Leopoldsprudel im Kurpark.

◀ *Besonderer Anziehungspunkt im Kurpark ist der Tempel des Leopoldsprudels*

Öffentlich diskutieren Neben dem gesamtstädtischen integrierten Planungsansatz ist entscheidend, dass die städtebaulichen Entwicklungskonzepte und Maßnahmen öffentlich diskutiert wurden. Eine wirksame Beteiligung der städtischen Akteure und Bürger/innen war erst mit der stadteigenen Staatsbad GmbH möglich.

▲ *Die Konzerthalle mit ihrem Vorplatz und dem angrenzenden Erlebnis-Gradierwerk wurden aufwändig erneuert*

Damit entwickelte sich eine größere Sensibilität der Bürgerschaft für den Kurbereich. Hierzu seien beispielhaft zwei Bürgerbegehren genannt. 2005 bis 2007 setzten sich die Bürger/innen für den Wiederaufbau des Erlebnis-Gradierwerkes am Kurpark ein, und 2015 forderten die Bürger/innen die Erhaltung der geschwungenen Kurparkallee.
Das Überdenken, die Neuordnung und Neudefinition der Kursondergebiete für den neuen Flächennutzungsplan durch die politischen Gremien 2011 entsprang ebenso den Wünschen der Bürgerschaft nach Veränderung. Gerade dieses Beispiel zeigt, dass die Entwicklungsziele einer Planung in gewissen Abständen einer Neuorientierung bedürfen, um auf neue Entwicklungen besser reagieren zu können. Immerhin hat das durch Landesgesetz festgelegte Kurgebiet von 1978/85 nach wie vor Bestand.

Planung als Angebot Stadtplanung ist immer nur eine Angebotsplanung für Investoren. Die öffentlichen Investitionen konzentrieren sich auf die öffentlichen Räume und im Falle von Bad Salzuflen auf die vom Landesverband Lippe übernommenen Kureinrichtungen. Ohne Fördermittel des Bundes und Landes wäre im Therapiegebäude „Vitalzentrum“ heute keine wirtschaftliche Nutzung möglich.
Weitere Beispiele sind die aufwändig erneuerte Konzerthalle mit Vorplatz und die neuen Gradierwerke. Die Planungen für die Erneuerungsmaßnahmen im Kurgastzentrum, Kurhaus, Kurpark, in der Wandelhalle und in weiteren öffentlichen Plätzen sind in Arbeit. Parallel wird der öffentliche Raum des historischen Stadtkerns unter Beteiligung der Öffentlichkeit erneuert - ein ehrgeiziges Programm bis zum Jahr 2018.

Privates Engagement Öffentliche Investitionen initiieren immer auch privates Engagement und private Investitionen in gleicher Höhe wie die Fördermittel von Bund und Land. Wie wichtig privates Engagement ist, zeigt sich auch in Bad Salzuflen. Nach fünfjährigem Einsatz des Kneipp-Vereins erhielt die Stadt 2013 die Zertifizierung zum Kneipp-Kurort. In der Zwischenzeit gibt es zahlreiche Kneipp-Angebote, vermehrt Kneipp-Gäste und überregionale Kneipp-Tagungen. Inwieweit der Antrag auf Anerkennung als allergikerfreundliche Kommune der Kurstadt neue Impulse gibt, bleibt abzuwarten.
Seit 2008 ist die „VitaSol Therme“ an die Kannewischer Management AG verpachtet und hat sich seitdem zu einem überregionalen Thermalbad mit eigenständigem Charakter entwickelt, das auf Erholung und Wohlbefinden der Gäste abzielt. Darüber hinaus ist der Bereich am Kurparksee im Landschaftsgarten zu nennen. Dort betreiben private Investoren Deutschlands größten Irrgarten „Hortus Vitales“ und die Touristenkleinbahn „Paulinchen,“ die durch Kurbereich und Stadtkern fährt. Die Restaurants „Seeterrassen“ und „Haus am See“ mit Biergarten sowie die Ruderboote runden das touristische Erlebnisangebot am Kurparksee mit Wasserfontäne ab.
Der Blick auf die Verschränkungen von Städtebau und Gesundheitstourismus in Bad Salzuflen legt die Bedeutung öffentlicher Investitionen und Fördermittel offen. „Keine Investitionen“ bedeutet Stillstand. Je attraktiver der Erlebnisraum Kurort ist, desto größer ist die Bereitschaft von Unternehmen zu Investitionen, wozu auch die privaten Betreiber von Kliniken, Hotels, Pensionen, Gastronomiebetrieben und Läden gehören.

Der Text basiert auf der Publikation des Autors „Reurbanisierung der historischen Stadtmitte - Entwicklungsstrategien dargestellt am Beispiel der Stadt Bad Salzuflen“, Verlag Dorothea Rohn, Detmold 2012, ISBN 978-3-939486-67-1

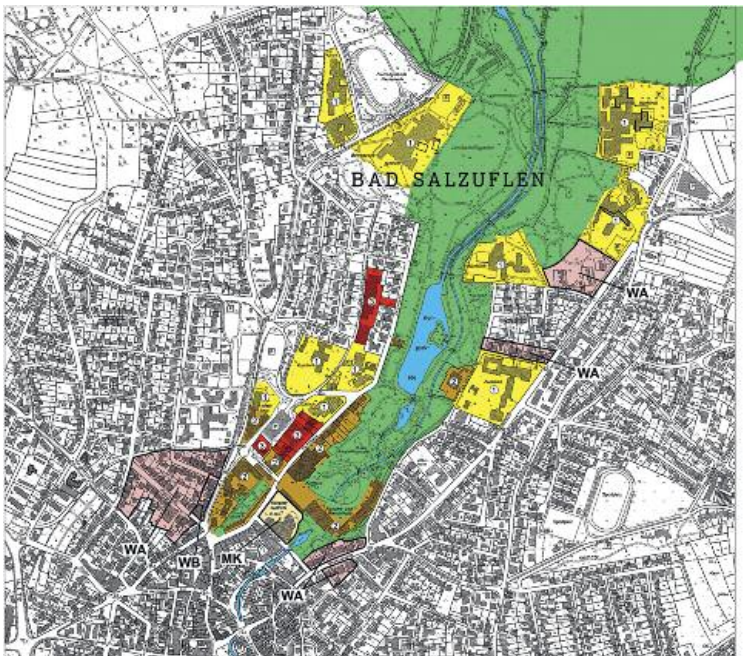


SCHAUBILD: STADT BAD SALZUFLEN

◀ *Seit 2011 weisen die innerstädtischen Nutzungszonen drei Sondergebiete auf: Kur/Gesundheit (gelb), Kur/Fremdenverkehr (orange) und Kur/Wohnen (rot)*

▶ *Am neuen Uhren-Gradierwerk finden Kneipp-Gäste zahlreiche Angebote*

FOTO: DRK-KREISVERBAND KÖLN

▲ *Die begleiteten Seniorenreisen des Deutschen Roten Kreuzes sind bei älteren Menschen äußerst beliebt*

Sicher unterwegs mit dem Roten Kreuz

Für Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen, Ältere und Familien sowie Kinder und Jugendliche organisiert das Deutsche Rote Kreuz Gemeinschaftsreisen mit passgenauer Hilfe

Niemand sollte aufgrund seines Alters oder aus Gesundheitsgründen auf das Reisen verzichten müssen. Im Gegenteil - eine andere Umgebung und der damit verbundene Klimawechsel sind Balsam für Körper und Seele. Sie wirken sich positiv auf das Wohlbefinden aus und stärken somit die Gesundheit.

Das Deutsche Rote Kreuz, zu dessen Grundsätzen der Schutz der Gesundheit gehört, bietet daher Menschen, die nicht allein unterwegs sein können oder möchten, ein vielfältiges Angebot an betreuten Reisen, Ausflügen und Freizeiten. Besonderen Wert legt das DRK dabei auf Gemeinschaft und engagierte Begleitung.

Dies kommt gerade älteren Menschen entgegen, die sich das Alleinreisen nicht mehr zutrauen. „Unser Fahrdienst holt die Gäste zu Hause ab, trägt das Gepäck aus der Wohnung und fragt auch schon ´mal nach, ob alle elektrischen Geräte ausgeschaltet sind“, erzählt Marcel Pertsemlis, Reisekoordinator im DRK-Kreisverband Köln.

DIE AUTORIN

Anja Martin ist freiberuflich für die Öffentlichkeitsarbeit des DRK-Landesverbandes Nordrhein e.V. tätig

Eigenständigkeit unterstützen Zum Service gehören neben dem Arrangement von Transfer, Flug oder Fahrt in modernen Reisebussen sowie dem Aufenthalt in seniorengerechten Hotels auch Ausflüge und gemeinsame Freizeitangebote am Urlaubsort - sei es Bingo-Abend, Spaziergang oder Konzertbesuch. Dafür sorgen speziell geschulte, ehrenamtliche Reisebegleiter/innen, die oft selbst schon das Rentenalter erreicht haben. „Sie wissen, was unsere Gäste wünschen und stehen ihnen auch bei Fragen und Problemen rund um die Uhr zur Verfügung.“ Wer allerdings besondere Pflege oder Betreuung benötigt, sollte eine eigene Betreuungsperson mitnehmen. „Wir helfen gern bei der Vermittlung“, so Pertsemlis.

Die Kölner gehören zum größten Anbieter von Betreuten Reisen im DRK-Verbandsgebiet Nordrhein. „Wir sprechen aber nicht von Betreutem, sondern von Begleitetem Reisen“, betont Pertsemlis. „Wir unterstützen die Eigenständigkeit unserer Gäste.“ Allein 2014 organisierte der 33-Jährige mit

seiner Kollegin 55 Seniorenreisen ins In- und Ausland, an denen 1.249 Gäste teilnahmen. Nicht alle wohnen in Köln selbst. Viele kommen aus Orten benachbarter Kreisverbände, die mit den Kölnern kooperieren. „Sie sorgen unter anderem für die Verteilung des Katalogs in ihrem Gebiet und stellen den Transfer sicher“, erklärt Pertsemlis.
Es gibt mehrere solcher Verbünde in Nordrhein. Düsseldorf und Remscheid beispielsweise arbeiten mit dem Reisebereich des Kreisverbandes Rhein-Erft zusammen, der über weit reichende Erfahrung verfügt. Schon seit 35 Jahren bietet der DRK-Kreisverband Seniorenreisen an. Waren es anfangs noch zwei bis drei Fahrten im Jahr, sind es heute mehr als 40 mit rund 900 Teilnehmenden.

Freunde fürs Leben „Wir erreichen mit unseren Angeboten bis zu 80 Prozent Menschen, die älter als 75 Jahre und schwerbehindert sind“, erklärt Irmgard Heidemann von der DRK-Geschäftsstelle Bergheim. Der Altersdurchschnitt sei in den vergangenen Jahren gestiegen. Dies liege einerseits an der wachsenden Mobilität der Älteren, andererseits aber auch daran, dass viele Gäste immer wieder mit dem DRK in Urlaub fahren.
Den Grund sieht Heidemann - neben hohen Standards wie seniorengerechter und zentraler Unterbringung mit guter Verpflegung - vor allem in der persönlichen Begleitung und Begegnung. „Es wächst eine Gemeinschaft: Die Reisenden kommen mit netten Gleichgesinnten zusammen und bleiben oft auch nach dem Urlaub miteinander in Kontakt. Sogar Paare haben sich gefunden.“
Ob Allgäu oder Ostsee, Italien oder Spanien, ob Tagesausflug oder Urlaub - meist werden Kur- und Badeorte angesteuert. In Nordrhein-Westfalen sind es beispielsweise Bad Westernkotten oder Bad Waldliesborn im Münsterland. „Das ist besonders für Menschen interessant, die keine langen Fahrten wünschen“, wissen die DRK-Reiseexpert(inn)en. Bei manchen Angeboten sind Kuranwendungen inklusive, bei anderen können sie vor Ort gebucht werden.

Auszeit für Familien Doch nicht nur die Älteren brauchen Erholung und Tapetenwechsel. Auch Familien tut eine Auszeit gut. Denn die Ansprüche an Eltern sind hoch. Job, Haushalt, Erziehung und Beziehung fordern ihren Tribut und können in Überforderung sowie Krankheit münden. Spätestens dann empfiehlt sich der Gang zum Hausarzt, um nach einem Kur-Aufenthalt zu fragen - beispielsweise im Kurzentrum Carolinensiel.
Die an der Nordsee gelegene Klinik, die von der gemeinnützigen DRK-Betreuungsgesellschaft für soziale Einrichtungen (BsE) in Düsseldorf geleitet wird, bietet Mutter-Kind- beziehungsweise Vater-Kind-Kuren an. Spezialisiert hat sie sich auf Familien mit verhaltensauffälligen Kindern und Kindern mit Aufmerksamkeitsdefizit-(Hyperaktivitäts-)Störung (AD(H)S). Als bundesweit einzige Einrichtung bietet sie zweimal im Jahr auch Kuren für Regenbogenfamilien an - also beispielsweise Familien mit gleichgeschlechtlichen Elternteilen.

FOTO: DRK-BSE

▲ *Abseits von Spielkonsole, PC und Fernseher bieten die JRK-Ferienfreizeiten Kindern und Jugendlichen Spaß und Abenteuer*

Ganzheitliches Verständnis Ein interdisziplinäres Team aus Ärzt(inn)en, Sozialpädagog(inn)en, Physiotherapeut(inn)en, Psycholog(inn)en, Krankenpflegekräften und Erzieher(inne)n kümmert sich engagiert um die kleinen und großen Gäste. Rund 1.000 Familien aus dem gesamten Bundesgebiet sind es pro Jahr. Stets wird nach einem ganzheitlichen Gesundheitsverständnis gearbeitet. Neben der Behandlung der Symptome werden zusammen mit den Patienten Lösungsstrategien entwickelt, mit denen die Betroffenen krank machende Lebensumstände in ihrem Alltag bewältigen können.
Die Krankenkassen übernehmen die Kosten bis auf einen geringen Eigenanteil von zehn Euro pro Tag, wenn ein ärztliches Attest gesundheitliche Störungen beziehungsweise Erkrankungen bescheinigt, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Mutter-/Vaterrolle stehen. Dabei werden auch Faktoren wie der Tod eines Angehörigen, familiäre Gewalt, Trennung oder die Doppelbelastung bei Alleinerziehenden berücksichtigt.

Talente entdecken Auch ´mal ohne Eltern in Urlaub fahren und dabei jede Menge Spaß mit Gleichaltrigen haben - das bieten die Ferienfreizeiten des Jugendrotkreuzes (JRK). „Unsere betreuten Kinder- und Jugendreisen sind ein wichtiges Lernfeld“, erklärt Sabrina Müller, Bildungsreferentin Kinder- und Jugendreisen im DRK-Landesverband Nordrhein. „Andere Menschen und Gegenden kennenlernen, neue Sportarten und Spiele ausprobieren, die Gemeinschaft

FOTO: JUGENDROTKREUZ NORDRHEIN

◀ *Im DRK-Kurzentrum Carolinensiel können Mütter und Väter mit Kind körperliche und seelische Tiefpunkte in der Familie überwinden*

in der Gruppe erleben - all dies stärkt das Selbstbewusstsein und fördert die Fähigkeit, Herausforderungen zu meistern und die eigenen Talente zu entdecken."
Statt Spielkonsole, PC und Fernseher gibt es daher ein intensives Miteinander und reale, anregende Erlebnisse - ob bei der Adventure Tour in Spanien, dem Piratencamp an der Nordsee, beim Erlebnisurlaub auf dem Kinderbauernhof im Westerwald und vielem mehr. Rund 800 junge Leute zwischen sechs und 18 Jahren - bei Reisen für Menschen mit Behinderungen bis 25 Jahre - nehmen an den jährlich 28 JRK-Ferienfreizeiten teil.
Begleitet werden sie von insgesamt 130 ehrenamtlichen Teamern. Diese sind mindestens 18 Jahre alt, haben eine mehrtägige Ausbildung im Haus des Jugendrotkreuzes in Bad Münstereifel durchlaufen und verfügen darüber hinaus über Zusatzqualifikationen - beispielsweise einen Erste Hilfe-Kursus oder das „Rettungsschwimmer"-Abzeichen.
Auch die Prävention sexualisierter Gewalt ist dem JRK wichtig. Dafür müssen die Betreuenden beispielsweise einen Ehrenkodex unterzeichnen und ein erweitertes Führungszeugnis vorlegen. Schließlich sollen die Eltern sicher sein, dass ihre Kinder auf den Reisen in guten Händen sind.

Fernab des Alltags Bei der Werbung für die Ferienfreizeiten werden nichtkommerzielle Anbieter wie das Jugendrotkreuz von kommunaler Seite unterstützt. So stellt der Jugendring Düsseldorf eine Online-Feriendatenbank zur Verfügung - ebenso wie das katholische Jugendbeauftragtenbüro für die Region Heinsberg.
Darüber hinaus gewähren viele Kommunen finanzielle Zuschüsse. Zudem gilt: Haben Eltern oder deren Kinder Anspruch auf Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch SGB II - insbesondere Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld -, auf Sozialhilfe nach SGB XII, auf Wohngeld oder Kinderzuschlag, haben sie auch Anspruch auf Leistungen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket.
Die JRK-Ferienfreizeiten richten sich an Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderungen aus ganz Deutschland. „Mitfahren kann jeder", so Bildungsreferentin Müller. Auch eine Mitgliedschaft im Jugendrotkreuz sei nicht erforderlich. „Wir möchten einfach, dass möglichst viele Kinder und Jugendliche fernab ihres Familien- und Schulalltags die Möglichkeit bekommen, sich auszuprobieren."

FOTOS (2): BARBARA BALTSCH

Heilkraft per Internetportal zu Arztpraxen und Fitnessstudios

Um den Gesundheitstourismus zu fördern, hat der Rhein-Erft-Kreis ein Internetportal zur örtlichen Gesundheitswirtschaft entwickelt, das mittlerweile von Information Suchenden gut angenommen wird

Nicht zuletzt aufgrund der demografischen Entwicklung zählt die Gesundheitswirtschaft heute zu den bedeutendsten Wachstumsbranchen in ganz Deutschland. Das Landeszentrum Gesundheit geht für NRW von mehr als 1,1 Mio. Beschäftigten in diesem Wirtschaftszweig aus. Dies bedeutet, dass bereits jeder sechste Arbeitsplatz in der Gesundheitswirtschaft zu finden ist.
Allein im Rhein-Erft-Kreis gibt es weit mehr als 1.000 Gesundheitsunternehmen, die hochwertige und sichere Arbeitsplätze bieten, verlässlich Steuereinnahmen generieren und somit großen Anteil am Erfolg des Wirtschaftsstandortes Rhein-Erft in der Gesundheitsregion Köln-Bonn haben.
Aus dem Blickwinkel der einzelnen Konsument(inn)en stellt sich die Gesundheitswirtschaft allerdings weniger als homogenes Gebilde, sondern als unübersichtliche Gemengelage dar. Wer medizinische Leistungen nachfragt oder Angebote zur eigenen Gesundheitsförderung sucht, findet passende Anbieter in der Regel per Überweisung, über Mund-zu-Mund-Propaganda oder über eine Internet-Suchmaschine.

Online-Netzwerk wirksam Um wie viel einfacher und schneller ginge die Suche nach passgenauen medizinischen Angeboten, wenn sich die komplette Gesundheitslandschaft einer Region als Netzwerk auf einer eigenen Internetplattform präsentieren würde. Eine solche Plattform könnte einzelne Akteure vielleicht sogar ermuntern, miteinander in Kontakt zu treten, gegebenenfalls Angebote aufeinander abzustimmen

oder neue Angebotsformen zu entwickeln. Solche Überlegungen haben den ehemaligen Landrat des Rhein-Erft-Kreises und Vorsitzenden der so genannten Health Region Cologne Bonn (HRCB), Werner Stump, dazu bewogen, ein Internetportal in Auftrag zu geben. Dieses soll die Gesundheitslandschaft des Rhein-Erft-Kreises in ihrer gesamten Breite und Vielfalt widerspiegeln. Ziel war es, den Bürgern und Bürgerinnen aktuelle Informationen zur medizinischen Versorgung in ihrem näheren Wohnumfeld an die Hand zu geben und sie gleichzeitig zur eigenen Gesundheitsvorsorge zu ermuntern. Werner Stump: „Das Portal soll einmal einem gut sortierten Kaufhaus gleichen, in dem man nicht lange suchen muss und alles findet, was dem eigenen gesundheitlichen Wohlbefinden dient."

Konzertierte Aktion Realisiert wurde Stumps Idee schließlich in einer konzertierten Aktion des Gesundheitsamtes, des Kataste-ramtes sowie von IT-Fachleuten der Kreisverwaltung. Innerhalb von eineinhalb Jahren und nach intensiver Zusammenarbeit konnte der erste Portalentwurf der „Gesundheitslandschaft Rhein-Erft-Kreis" im Juli 2012 online gehen. Er liefert derzeit Informationen zu etwa 600 Facharztpraxen, 120 Apotheken sowie weiteren 500 Anbietern und Einrichtungen der nichtärztlichen medizinischen Versorgung.

◀ Der Rhein-Erft-Kreis bietet eine Vielzahl von Wellnesseinrichtungen, die über das Portal der Gesundheitslandschaft recherchiert werden können

Das Portal spiegelt nahezu die komplette Gesundheitslandschaft des Rhein-Erft-Kreises mit all ihren Erholungs- und Wellnessangeboten wider und könnte somit auch potenziellen Gesundheitstourist(inn)en aus dem benachbarten Köln, den Kreisen Düren oder Euskirchen als attraktive Informationsplattform dienen.

Auf dieser erhalten sie einen umfassenden Überblick über die heilenden Kräfte des Nachbarkreises, können sich nach nahgelegenen Apothekennotdiensten erkundigen oder bekommen zahlreiche Hinweise zu benachbarten Schwimmbädern, Saunen, Fitness- und Wellnesseinrichtungen, Kletterhallen sowie sonstigen kommerziellen Erholungsangeboten. Die ausgewählten Berufsgruppen und Einrichtungen werden entweder für jede einzelne Kommune aufgelistet, oder man kann sie mithilfe von Geodaten und 45 unterschiedlichen Piktogrammen auf einer Landkarte anzeigen lassen.

Vorhandene Daten integriert Glücklicherweise konnte der Rhein-Erft-Kreis bei der Darstellung seiner Gesundheitslandschaft auf bestehende Portale oder Daten der Kassenärztlichen Vereinigung, der Apothekenkammer und der Zahnärztekammer zurückgreifen. Lediglich für den Bereich der weitergehenden medizinischen Versorgung mit nichtärztlichen Berufsgruppen musste eine separate Datenbank angelegt werden.

Alle dort gespeicherten Anbieter können ihr Profil selbst pflegen oder ergänzen und besitzen zu diesem Zweck ein Passwort. Damit können sie sich jederzeit in das Portal einloggen. Für das federführende Gesundheitsamt des Kreises bleibt der Aufwand für Pflege und Aktualisierung somit überschaubar.

Ebenfalls überschaubar war der Aufwand, mit dem die Gesundheitslandschaft im Rhein-Erft-Kreis bekannt gemacht wurde. Selbstredend gab es Pressekonferenzen und Pressemitteilungen. Die Kommunen des Kreises wurden informiert, diverse Anzeigen in Werbeblättern und werbefinanzierten Broschüren veröffentlicht sowie Plakate unter anderem an Arztpraxen verschickt. Die Ausgaben für Werbung bewegten sich dabei im unteren dreistelligen Bereich. Dies ist für den Haushalt einer Verwaltung gut. Es reicht aber keinesfalls, um die Gesundheitslandschaft nachhaltig ins Blickfeld der Öffentlichkeit zu rücken.

Werbebudget nötig Hier offenbart sich ein Zielkonflikt. Das Portal ist für die Gesundheitswirtschaft kostenlos, und dies hat zweifellos zu der gewünschten Breite und Vielfalt an Anbietern geführt. Andererseits fehlen die erforderlichen finanziellen Mittel, adäquate Öffentlichkeitsarbeit zu be-

▶ Das Internetportal listet mehr als 30 Fitness-Studios in den zehn Kommunen des Kreises auf

DER AUTOR

Harald Hartlieb ist Gesundheitsberichterstatter und Projektbeauftragter für die Gesundheitslandschaft im Rhein-Erft-Kreis

treiben. Sinnvoll wären hier unter anderem Annoncen in Tageszeitungen und medizinischen Broschüren oder Radiospots im lokalen Rundfunksender. Eine starke kommunikative Wirkung hätten ebenfalls Events zur Gesundheitsförderung - Tag der Kindergesundheit oder Ähnliches -, bei der sich die Gesundheitswirtschaft ihrer jeweiligen Zielgruppe vorstellt.

Das Werbebudget ließe sich erhöhen, indem man auf einigen Seiten des Portals Werbeflächen anbietet und potente Werbepartner aus der örtlichen Gesundheitsbranche akquiriert. Unstrittig ist jedenfalls, dass sich die Gesundheitswirtschaft in dieser Angelegenheit stärker engagieren muss und dafür neue Formen der Zusammenarbeit benötigt.

Bis es soweit ist, ist man darauf angewiesen, dass das Gesundheitsportal weitgehend über Mundpropaganda bekannt wird. Die Resonanz auf das Portal ist in der Tat ausgesprochen positiv. Vielleicht kommt die Botschaft auf diesem Wege auch bei den Nachbarkreisen und Nachbarkommunen an.

Sollte man dort den Aufbau eines eigenen Gesundheitsportals in Erwägung ziehen,

▲ *Unter dem Slogan „Finden Sie Ihren Arzt oder Apotheker" wirbt das Gesundheitsamt des Rhein-Erft-Kreises für sein Angebot*

würde der Rhein-Erft-Kreis selbstredend mit Rat und Tat zur Seite stehen. Die Erfahrungen werden gerne weitergereicht, und die Piktogramme stehen kostenlos zur Verfügung. Schön wäre es, wenn die Gesundheitslandschaft in der Kartendarstellung irgendwann nicht mehr an den Grenzen des Rhein-Erft-Kreises endet. ●

FOTO: GEORG OLIGMÜLLER

Das Projekt „Patientenbegleitung" in Nordrhein-Westfalen

Eine Unterstützung älterer Patienten und Patientinnen in kritischen Übergangssituationen durch bürgerschaftlich Engagierte bringt Gewinn für Mensch, Kommune und Quartier

Der demografische Wandel zeigt immer wieder: Ältere und hochaltrige Menschen können rasch in scheinbar unüberwindbare Situationen geraten - vor allem im Krankheitsfall. Immer mehr allein lebende ältere Menschen werden mit schwierigen Situationen konfrontiert - etwa bei ungeplanten Krankenhausaufenthalten, ambulanten Eingriffen und Arztbesuchen.

Besonders der Übergang von zuhause ins Krankenhaus oder zurück vom Klinikaufenthalt in das häusliche Umfeld ist nicht selten mit besonderen Herausforderungen verbunden. Sorgen um ganz praktische Anliegen und ungeklärte Fragen können sehr belasten und einer Genesung im Wege stehen:

- Wer versorgt mich mit Kleidung im Krankenhaus?
- Wer kümmert sich um mich, wenn ich nicht weiter weiß?
- Wer füllt mir den Kühlschrank, wenn ich wiederkomme?
- Wie werde ich die erste Zeit nach dem Klinikaufenthalt zuhause zurechtkommen?

Freiwillige, speziell geschulte Patientenbegleiter/innen können hier als Gesprächspartner/innen und Wegbegleiter/innen wichtige Unterstützung leisten. Sie vermitteln den Betroffenen ein Gefühl von Sicherheit in dieser schwierigen Übergangszeit und erbringen konkrete Hilfen. Dabei geht es nicht darum, dass die freiwilligen, sich unentgeltlich engagierenden Patientenbegleiter und -begleiterinnen sich immer um alle Dinge selbst kümmern. Vielmehr sind Kenntnis und Vermittlung von Kontakten zu den Netzwerken im sozialen Umfeld der Patienten und Patientinnen entscheidend, um auch längerfristig Lebensperspektiven im vertrauten Umfeld aufzubauen.

Vermittlerrolle Patientenbegleitung versteht sich als Vermittler und Brückenbauer an den Schnittstellen zwischen vorhandenen Angeboten für ältere Menschen im Quartier. Die Begleitung ist daher zeitlich begrenzt und nicht auf Langzeitbetreuung ausgerichtet. Im Vordergrund steht dabei die Selbstbestimmung des Patienten oder der Patientin. Ziel der Begleitung ist eine möglichst lange Selbstständigkeit des alten Menschen und dessen Selbstbestimmtheit speziell im Umgang mit veränderten Situationen sowie für ein Leben im häuslichen Umfeld.

Von 2012 bis 2015 zeigte das Projekt „Patientenbegleitung" in NRW - gefördert von der Stiftung Wohlfahrtspflege NRW wie auch vom Generali Zukunftsfonds und durchgeführt vom Forschungsinstitut Geragogik FoGera -, dass Bedarf nach Begleitung rund um Krankenhausaufenthalte besteht und dass bürgerschaftlich engagierte Personen sich

◀ *Freiwillige begleiten alte und allein stehende Personen bei Krankenhausaufenthalten und Arztbesuchen in Bochum*

gern für diese Aufgabe zur Verfügung stellen. Die wissenschaftliche Begleitforschung durch die Forschungsgesellschaft für Gerontologie in Dortmund konnte vielfältige positive Wirkungen nachweisen. Der Städte- und Gemeindebund NRW war im Beirat des Projektes tätig und hat an seiner Bekanntmachung aktiv mitgewirkt.

Viele profitieren Patientenbegleitung rund um den Krankenhausaufenthalt wirkt sich positiv aus. Das ist das Ergebnis des Pilotprojektes, das sich inzwischen an acht Standorten in NRW bewährt hat. Die Befragung begleiteter Patienten und Patientinnen am Pilotstandort Bochum zeigt unter anderem, dass Ängste vor zukünftigen Krankenhausaufenthalten durch die Patientenbegleitung reduziert wurden. Die Patientenbegleiter und -begleiterinnen geben den hilfsbedürftigen Personen „Halt" auf allen Ebenen - beispielsweise bei Organisationsangelegenheiten jeglicher Art, bei der Fahrt zum Krankenhaus und zurück sowie bei der Kommunikation mit Ärzt(inn)en oder Institutionen.
Die Patienten und Patientinnen konnten Vertrauen zu den Patientenbegleitern und -begleiterinnen aufbauen und wollen im Bedarfsfall wieder auf sie zurückgreifen. Außerdem gaben die befragten Patienten und Patientinnen an, dass die Patientenbegleitung ihnen als Türöffner bei Arztpraxen, Krankenkassen und anderen Institutionen half. Die begleiteten Personen hatten zum Beispiel den Eindruck, dass Ärzte und Ärztinnen sich mehr Zeit für sie nahmen und ihre Belange eher ernst genommen wurden. Zu wissen, dass man nicht allein ist und im Krankheitsfall einen Begleiter an seiner Seite hat, ist aus Patient(inn)ensicht der größte Gewinn.
Die Patientenbegleiterinnen und -begleiter berichteten, dass der Verbleib oder die Rückkehr in die eigene Häuslichkeit in allen Fällen gelang. Eine Heimunterbringung konnte also vermieden werden. Ein Patientenbegleiter erinnert sich: „... die Dame, die ich da immer abgeholt habe, die wohnte bei mir um die Ecke, die hat fast geheult, als ich gekommen bin, weil sie so glücklich war, dass ihr überhaupt einer geholfen hat. Die wäre allein gar nicht ins Taxi gekommen und säße da immer noch."

Neue Lernerfahrung Aber nicht nur der Hilfe nachfragende alte Mensch „gewinnt" durch Patientenbegleitung. Für freiwillig engagierte Patientenbegleitende bietet sich ein anspruchsvolles und sinnvolles Engagement. Durch den persönlichen Kontakt zu den Patient(inn)en und im Austausch mit anderen in Patient(inn)enbegleitung Tätigen eröffnen sich neue Lernerfahrungen, Möglichkeiten zu eigener Kompetenzerweiterung und zur konstruktiven Auseinandersetzung mit dem eigenen Älterwerden:

- Wie möchte ich selbst alt werden?
- Wie lässt sich mein eigenes Leben im Alter gestalten?
- Was ist für mich wichtig?
- Wen werde ich selbst ansprechen können im Krankheitsfall?

Befragt nach den Effekten für das eigene Alter gaben die Patientenbegleiter und -begleiterinnen an, dass sich neben der Kompetenzerweiterung besonders ihr Bewusstsein dafür geschärft habe, sich rechtzeitig ein eigenes Netzwerk aufzubauen, auf das man im Notfall zurückgreifen kann.
Aus dem Vorbereitungskursus und ersten Begleitungen hilfebedürftiger alter Menschen wissen sie, dass es nicht ausreicht, sich auf den Ehepartner oder die eigenen Kinder zu verlassen. Sie beschreiben ihr eigenes Altern als „ganz normalen" Prozess, der durch ihr freiwilliges Engagement als Patientenbegleiter oder -begleiterin jedoch „ausgefüllter" erlebt würde. Wichtig ist Ihnen, dass sie ihre Tätigkeit selbstbestimmt und ohne Druck ausüben können.

Profis entlasten Das Begleitungsangebot durch Freiwillige, die das Umfeld der Patient(inn)en kennen und in das bestehende Unterstützungsnetz hinein vermitteln, kann auch für das professionelle Hilfesystem von Nutzen sein. Träger, die ein solches Engagement bei sich ansiedeln, entsprechende Initiativen beim Aufbau unterstützen sowie fachlich begleiten, bestätigen dies. Sie konstatieren Entlastung und Imagegewinn, ebenso Kompetenzerweiterung und neue Expertise sowie weitere Vernetzung durch das neue Freiwilligenprofil im Quartier und ein „neues, zusätzliches" Angebot für alleinstehende alte Menschen. Die Träger weisen aber auch daraufhin, dass sie zunächst erhebliche Ressourcen bereitstellen mussten und dass eine Grundsatzentscheidung erforderlich war, sich mit freiwilligem Engagement einzubringen.
Kommune und Quartier, Krankenhaus sowie niedergelassene Ärzte und Ärztinnen können von den freiwillig engagierten Patientenbegleiter-Initiativen ebenfalls profitieren. Denn die professionellen Institutionen stoßen hier nicht selten an ihre Grenzen. Die immer kürzere Verweildauer im Krankenhaus, die Zunahme ambulanter Operationen und die Vereinzelung der Bevölkerung verweisen auf zusätzlichen Unterstützungsbedarf, insbesondere mit Blick auf alte, alleinstehende Menschen. Dass dann zuweilen allzu schnell eine stationäre Unterbringung erwogen wird, stellt die Kommunen unter anderem auch vor Finanzierungsprobleme.

Sinnvolle Ergänzung Patientenbegleitung ist nicht nur eine mitmenschliche, sondern vor allem eine gesellschaftlich relevante Ergänzung zu den bestehenden Angeboten. Zu diesem Schluss kommen sowohl die Akteure des Modellprojektes als auch die Kooperationspartner. Patientenbegleitung trägt durch die spezielle, von Solidarität geprägte Form des Engagements dazu bei, dass „keiner durchs Netz fällt", wenn Übergänge nicht allein bewältigt werden können. Deshalb haben sich die Modellstandorte zu einem „Netzwerk Patientenbegleitung" zusammengeschlossen. Alle sind gewillt, ihre Initiative weiterzuführen und in der Verbreitung des Ansatzes aktiv zu sein.
Anfragen von Trägern, Kommunen sowie engagierten Bürgern und Bürgerinnen zeigen, dass die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements für die Gestaltung unserer „Gesellschaft des langen Lebens" immer mehr ins öffentliche Bewusstsein rückt. Auch Städte und Gemeinden sind hier gefragt - als Ermutiger für den Aufbau von Initiativen sowie als Unterstützer und Förderer vernetzter Hilfsstrukturen in Nachbarschaften und Quartieren.

DIE AUTORINNEN

Dipl.-Päd. Alexandra Cosack ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Gerontologie an der TU Dortmund

Dipl.-Päd. Doris Wattad ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Forschungsinstitut Geragogik FoGera

Internet: www.netzwerk-patientenbegleitung.de
E-Mail: patientenbegleitung@fogera.de

Das neue Präsidium des StGB NRW

Auf der Mitgliederversammlung die Delegierten der StGB NRW-

CDU

Vizepräsident Dietmar Heß Bürgermeister der Gemeinde Finnentrop

Präsident Dr. Eckhard Ruthemeyer Bürgermeister der Stadt Soest

Ehrenpräsident Albert Leifert Drensteinfurt

Christof Sommer Bürgermeister der Stadt Lippstadt

Klaus-Viktor Kleerbaum Fraktionsvorsitzender im Rat der Stadt Dülmen

Dr. Karl-Uwe Strothmann Bürgermeister der Stadt Beckum

SPD

1. Vizepräsident Roland Schäfer Bürgermeister der Stadt Bergkamen

Karl Ludwig Völkel Bürgermeister der Stadt Erndtebrück

FDP

Werner Becker-Blonigen Bürgermeister der Stadt Wiehl

Bd.90/ Die Grünen

Oliver Held Fraktionsvorsitzender im Rat der Stadt Altena

Lothar Mittag Bürgermeister der Stadt Rhede

Stefan Raetz (CDU) Bürgermeister der Stadt Rheinbach

Georg Moenikes (CDU) Bürgermeister der Stadt Emsdetten

Vorsitzender AK Mittelstand

Dr. Uwe Friedl (CDU) Bürgermeister der Stadt Euskirchen

Haupt-geschäftsführer

Hubertus Kramer MdL (SPD) Abgeordneter des Landtages von NRW

Gudrun Zentis MdL (Bd. 90/Grüne) Abgeordnete des Landtages von NRW

Beratende Mitglieder

Thomas Grosche (CDU) Bürgermeister der Stadt Medebach

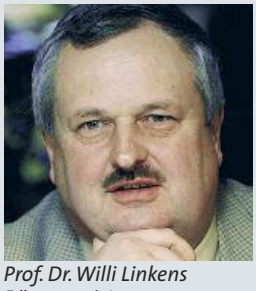
Hans-Josef Vogel (CDU) Bürgermeister der Stadt Arnsberg

am 20. November 2014 in Düsseldorf sowie auf den Arbeitsgemeinschaften der Regierungsbezirke haben Mitgliedskommunen das neue Präsidium gewählt - hier die ordentlichen Mitglieder im Überblick

Michael Dreier
Bürgermeister der
Stadt Paderborn

Dr. Jan Heinisch
Bürgermeister der
Stadt Heiligenhaus

Franz-Josef Moormann
Bürgermeister
der Stadt Kaarst



Prof. Dr. Willi Linkens
Bürgermeister
der Stadt Baesweiler

Lutz Urbach
Bürgermeister der Stadt
Bergisch Gladbach

Dr. Wolfgang Honsdorf
Bürgermeister der Stadt
Bad Salzuflen

Prof. Dr. Christoph Land-
scheidt Bürgermeister
der Stadt Kamp-Lintfort

Rudi Bertram
Bürgermeister der Stadt
Eschweiler

Vizepräsident Walther
Boecker Bürgermeister
der Stadt Hürth

Dr. Angelika Kordfelder
Bürgermeisterin der Stadt
Rheine

Vizepräsidentin Beate
Schirrmeister-Heinen Rats-
Frakt.-Vors. Stadt Erkelenz

Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaften

Claus Jacobi (SPD)
Bürgermeister
der Stadt Gevelsberg

Maria Unger (SPD)
Bürgermeisterin
der Stadt Gütersloh

Gerhard Fonck (CDU)
Bürgermeister
der Stadt Kalkar

Dr. Bernd Jürgen Schneider
(CDU)

Kooptierte Mitglieder

André Kuper MdL (CDU)
Abgeordneter
des Landtages von NRW

Ralf C. Nettelstroth MdL
(CDU), Abgeordneter des
Landtages von NRW

Marie-Luise Fasse MdL (CDU)
Abgeordnete des Landtages
von NRW

Rainer Weber (CDU)
Bürgermeister
der Gemeinde Uedem

Dr. Michael Heidinger (SPD)
Bürgermeister
der Stadt Dinslaken

Ulrike Westkamp (SPD)
Bürgermeisterin
der Stadt Wesel

Kai Abruszat MdL (FDP)
Abgeordneter
des Landtages von NRW

Das Beamtenrecht in Nordrhein-Westfalen

Kommentar von Tadday und Rescher, 143. Ergänzungslieferung, Stand Dezember 2014, 378 Seiten, 89 Euro. Loseblattausgabe, Grundwerk 3.512 Seiten, DIN A 5, in drei Ordnern, 149 Euro bei Fortsetzungsbezug (249 Euro bei Einzelbezug). ISBN 978-3-7922-0150-3, Verlag W. Reckinger, Siegburg

Mit der 143. Ergänzungslieferung wird die aktuelle, verwaltungsgerichtliche Rechtsprechung in die Kommentierung eingearbeitet. In den Erläuterungen zu § 52 (Ausübung der Nebentätigkeit, Verfahren, Tätigkeit von Ruhestandsbeamten und früheren Beamten mit Versorgungsbezügen) findet die neue Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zum Konkurrenzverbot für Ruhestandsbeamte Berücksichtigung.
Die Erläuterungen zu § 60 (Arbeitszeit) werden inhaltlich erweitert. Die Kommentierung zu § 93 (Dienstliche Beurteilung) berücksichtigt die neue Rechtsprechung zu tauglichen Erkenntnisgrundlagen für dienstliche Beurteilungen, zur Beurteilungsbesprechung, zum Anforderungsprofil, zur Dokumentationspflicht in Auswahlverfahren und zur Vergleichsgruppenbildung bei freigestellten Personalräten.
Am 20. November 2014 ist die Verordnung über den Aufstieg durch Qualifizierung in die Laufbahn des höheren allgemeinen Verwaltungsdienstes im Lande Nordrhein-Westfalen (Qualifizierungsverordnung) in Kraft getreten. Erläuterungen zu der im Teil C abgedruckten Verordnung finden sich in der Kommentierung zu § 23 (Aufstieg).

Az.: I/1 043-02-0

Verwaltungszustellungs-Gesetz

Weidemann, Kommentar, 2015, 228 Seiten, kartoniert, Format 12,8 x 19,4 cm, ISBN 978-3-8293-1176-2, Preis 19,80 Euro, Kommunal- und Schulverlag GmbH & Co. KG, Konrad-Adenauer-Ring 13, 65187 Wiesbaden

Das Verwaltungszustellungsrecht als Teil des allgemeinen Verwaltungsrechts gilt im Bundesbereich. Erfasst wird zunächst das Zustellungsverfahren der Bundesbehörden. Das Gesetz gilt ferner für das Zustellungsverfahren der bundesunmittelbaren juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die Körperschaften und Anstalten, dies sind die bundesunmittelbaren Stiftungen des öffentlichen Rechts und für das Zustellungsverfahren der Landesfinanzbehörden.
Der Kommentar stellt eine kompetente Arbeitshilfe für die gesamte Verwaltung, die Verwaltungsgerichtsbarkeit, Kammern, Verbände und Institutionen, Studenten und Auszubildende von Verwaltungshochschulen dar. Der Autor Professor Holger Weidemann ist stellvertretender Leiter des Niedersächsischen Studieninstitutes für kommunale Verwaltung Hannover e. V.

Az.: I/1 011-18

Denkmalschutzgesetz Nordrhein-Westfalen

Davydov, Hönes, Otten, Ringbeck, Kommentar, 4. Auflage 2014, Kartoniert, 542 Seiten, Format 16,5 x 23,5 cm, ISBN 978-3-8293-1107-6, Preis 69 Euro

Der überarbeitete und erweiterte Kommentar informiert kompetent, anschaulich und praxisorientiert über Fragen des Denkmalschutzes in Nordrhein-Westfalen. Die aktuelle Rechtsprechung zum Denkmalrecht in Nordrhein-Westfalen sowie zu den anderen Ländern ist berücksichtigt.
Die behördlichen Maßnahmen zum Denkmalschutz und zur Denkmalpflege werden mit den dazugehörigen Verfahrensabläufen nachvollziehbar veranschaulicht. Neben dem gesamten Spektrum des Verwaltungshandelns für Denkmalschutz und Denkmalpflege sind die Wechselbeziehungen mit dem Bau- und Steuerrecht leicht verständlich aufgezeigt. Das Werk ist damit ein wichtiger Ratgeber für Verwaltungsbehörden, Verbände, Gerichte, Anwälte, Denkmaleigentümer, Architekten, Steuerberater, ehrenamtlich Beauftragte und alle sonst mit Denkmalschutz und Denkmalpflege befassten Personen.
Die Autoren: Dr. Dimitrij Davydov M.A., Landesverwaltungsrat, Justiziar im Amt für Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Westfalen des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, Münster; Prof. Dr. Ernst-Rainer Hönes, Ministerialrat a. D., ehem. Vorsitzender der AG „Recht und Steuerfragen“ des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, Mainz; Dr. Thomas Otten, Ministerialrat, Referatsleiter „Bodendenkmalschutz und Bodendenkmalpflege“ im Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nord-

Kommunalverfassungsrecht Nordrhein-Westfalen GO, KrO, GkG, LVerbO, RVRG Kommunalwahlgesetz - Kommentare, Texte

33. Nachlieferung, Januar 2015, 156 Seiten 28,10 Euro, Gesamtwerk: 2.990 Seiten 149 Euro, Kommunal- und Schul-Verlag, Wiesbaden, www.kommunalpraxis.de

Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (KrO NRW)

Von Rechtsanwalt und Oberstadtdirektor a. D. Dr. Roland Kirchhof, Rechtsanwalt, Oberkreisdirektor und Landrat a. D. Dr. Rudolf Wansleben, Ltd. Ministerialrat a. D. Ernst Becker, Ministerialrat a. D. Detlev Plückhahn, Beigeordneter und Stadtkämmerer Lars Martin Klieve, Ministerialdirigent Johannes Winkel, Referent beim Landkreistag Nordrhein-Westfalen Dr. Markus Faber und Erstem Beigeordneten beim Landkreistag Nordrhein-Westfalen Dr. Marco Kuhn

Der Gesetzestext wurde aktualisiert. Die Kommentierung der §§ 5, 29, 30-33, 37, 42, 44, 47, 55 und 56 wurde auf den aktuellen Stand gebracht.

Gesetz über die Kommunalwahlen im Lande Nordrhein-Westfalen (Kommunalwahlgesetz)

Der Text der KWahlO wurde auf den aktuellen Stand gebracht.

Az.: I/2

rhein-Westfalen, Düsseldorf; Dr. Birgitta Ringbeck, Ministerialrätin, Auswärtiges Amt, Delegierte der Kultusministerkonferenz beim Welterbekomitee der UNESCO, Berlin.

Az.: I/2

Das Straßenbaubeitrags-Recht nach § 8 des Kommunalabgaben-Gesetzes NRW

Ernst Dietzel, Dieter Kallerhoff, 8. überarbeitete Auflage, Umfang: 456 Seiten, DIN A 5 broschiert, Einzelpreis: 34,70 Euro zzgl. Versandkosten, ISBN: 978-3-87941-958-6, August 2013

Das in der Praxis gut eingeführte Fachbuch liegt nunmehr in der 8. überarbeiteten Auflage vor. Die systematische Darstellung zum Straßenbaubeitragsrecht nach § 8 KAG NRW wurde weiterentwickelt und ergänzt. Die Verfasser, selbst Verwaltungsrichter und profunde Kenner der Materie, stellen dieses schwierige Sachgebiet in übersichtlicher und gut verständlicher Form dar.
In die Neuauflage ist die vollständige Rechtsprechung des OVG NRW zum Straßenbaubeitragsrecht eingearbeitet, darunter eine Vielzahl neuer Entscheidungen, die sowohl grundsätzliche Aussagen zu diesem Rechtsgebiet treffen als auch weitere Detailfragen klären. Weitgehend überarbeitet und erweitert wurden auch die Teile zum Verfahrens- und Prozessrecht (z. B. verfahrensrechtliche Konsequenzen und Erfahrungen nach dem Fortfall des Widerspruchsverfahrens; neue Rechtsprechung zur Billigkeitsstundung, zum Beitragsverzicht und zum notwendigen Inhalt eines Beitragsbescheides). Eine systematische Darstellung mit einem lückenlosen Leitsatzverzeichnis. Das vollständige Leitsatzverzeichnis der Entscheidungen des OVG NRW zum Straßenbaubeitragsrecht einschließlich der hierfür bedeutsamen Rechtsprechung zum Erschließungs- und Anschlussbeitragsrecht wurde bis zum Stand Mitte 2013 fortgeführt.
Auch die achte Auflage der Schrift will der Praxis dienen. Sie informiert in systematischer Darstellung, vollständig und möglichst durch Wiedergabe der Originaltexte der ausgewerteten Urteile und Beschlüsse. Sie gibt damit verlässlich Auskunft über den aktuellen Stand der Rechtsprechung.
Beide Autoren verfügen über langjährige richterliche Erfahrung im Straßenbaubeitragsrecht: Dr. Dietzel als früherer Berichterstatter am OVG und Vorsitzender Richter am VG, Vizepräsident Dr. Kallerhoff als Vorsitzender des für dieses Sachgebiet zuständigen Senats des OVG NRW.
Für Praktiker aus den Kommunen und anderen mit dieser Materie befassten Stellen ebenso wie für Rechtsanwälte, Unternehmen der Wohnungswirtschaft und Grundstückseigentümer ist das Fachbuch eine wichtige Informationsquelle und dient zur detaillierten Vertiefung von Sachfragen.

Az.: III/1

Eigenbetriebsverordnung/ Kommunalunternehmens-Verordnung Nordrhein-Westfalen

Von Jürgen Müller. Kommentar 6. Auflage 2015, kartoniert, 480 Seiten, ISBN 978-3-8293-1178-6, 59 Euro, Kommunal- und Schul-Verlag, www.kommunalpraxis.de , Tel. 0611-88086-10

Wirtschaftliche Unternehmen und Einrichtungen der Kommunen werden wegen der größeren Flexibilität und Wirtschaftlichkeit ausgegliedert und als Eigenbetriebe ohne eigene Rechtspersönlichkeit oder als Kommunalunternehmen in der Rechtsform der Anstalt des öffentlichen Rechts geführt.
Das zweibändige Werk stellt in aktualisierter 6. Auflage das Recht der Eigenbetriebe und Kommunalunternehmen kompetent und praxisnah dar. Die Vorteile von Eigenbetrieb bzw. Anstalt öffentlichen Rechts werden anschaulich erläutert. Die Aufgaben der Beteiligten - Betriebsleitung und Betriebsausschuss bzw. Vorstand und Verwaltungsrat sowie Rat und Bürgermeister - sind klar aufgezeigt und gegeneinander abgegrenzt. Die Vorschriften über Wirtschaftsplan, Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Jahresabschluss und Prüfung werden leicht verständlich und nachvollziehbar erläutert.
Die Personen in der Verwaltung, die sich damit zu befassen haben, bekommen damit eine nützliche Hilfe an die Hand, wie mit den kommunalen Unternehmensformen der Eigenbetriebsverordnung und der Kommunalunternehmensverordnung umzugehen ist.
Der Autor Jürgen Müller, Rechtsanwalt in Wuppertal, vormals Beigeordneter, Stadtdirektor und Kämmerer der Stadt Remscheid, ist Verfasser zahlreicher Veröffentlichungen vor allem zum Kommunalrecht.

Az.: II/3

EU-Beihilferecht in der kommunalen Praxis

Von Bernd Leippe. Darstellung 2014, kartoniert, 132 Seiten, ISBN 978-3-8293-1122-9; 16,80 Euro, Kommunal- und Schul-Verlag, www.kommunalpraxis.de, Tel. 0611-88086-0

Der neue Beitrag gibt den Kommunen einen Überblick über die Grundzüge des Beihilferechts. Dabei werden verschiedene direkte Zahlungen der Kommunen an ihre Beteiligungsunternehmen unter beihilferechtlichen Aspekten gewürdigt. Ferner wird auf einzelne typisch kommunale Tätigkeitsbereiche wie Krankenhäuser, Wirtschaftsförderung, ÖPNV, Kulturförderung u. a. näher eingegangen. Zudem werden praktische Lösungsansätze zum Aufspüren von Beihilfetatbeständen aufgezeigt.
Die bei der Ausgestaltung von sog. Betrauungsakten sich ergebenden steuerlichen Aspekte und Risiken werden beschrieben und steuerlich unverfängliche Lösungen für die Praxis vorgestellt. Die Kommune selbst wie auch deren Unternehmen und Einrichtungen können von zwei Seiten mit dem Beihilferecht in Berührung kommen: sowohl als Geber als auch Empfänger von Beihilfen. In beiden Fällen ist die Gefahr ungewollter Rechtsverletzungen hoch. So haben künftig auch die Abschlussprüfer im Rahmen der Jahresabschlussprüfung Risiken aus beihilferelevanten Sachverhalten aufzudecken, sodass entsprechende Rückstellungen belastend in die Passivseite der Bilanz eingehen.
Die Darstellung versteht sich als eine Handreichung für den kommunalen Praktiker und gibt den Kommunen einen Überblick über die Grundzüge des Beihilferechts. Der Autor Bernd Leippe, Dipl.-Finw., war Ltd. Städt. Verwaltungsdirektor in Essen und referiert über das Thema bei Veranstaltungen, u. a. beim KBW (Kommunales Bildungswerk e. V.)

Az.: II/3

Aachener Karlspreis für Martin Schulz

Mit Martin Schulz ist am 14. Mai 2015 erstmals eine Persönlichkeit aus der Region Aachen mit dem Internationalen Karlspreis zu Aachen ausgezeichnet worden. Der Präsident des Europäischen Parlaments und ehemalige Bürgermeister der Stadt Würselen zeigte sich in seiner Dankesrede tief berührt und stolz darüber, diese wichtige Auszeichnung verliehen zu bekommen. Als Bürger einer Grenzregion sei man „so etwas wie ein Instinkteuropäer“ und habe besonders intensiv erlebt, „wie einengend Grenzen sind und wie befreiend es ist, sie zu öffnen.“ Zugleich wies Schulz auf die aktuelle Bedeutung der europäischen Zusammenarbeit hin: „Europa braucht endlich wieder Mut und Weitsicht, eine auf Langfristigkeit angelegte Politik!“

Essen im Finale „Grüne Hauptstadt Europas 2017“

Wie im vergangenen Jahr hat es die Stadt Essen wieder in das Finale um den Titel „Grüne Hauptstadt Europas“ geschafft. Gemeinsam mit den beiden Vorjahresfinalisten Nijmegen aus den Niederlanden und Umeå aus Schweden sowie der niederländischen Stadt 's-Hertogenbosch kämpft die Ruhrgebietsmetropole diesmal um den Titel für das Jahr 2017. In der Vorauswahl der Technischen Jury hat Essen unter den zwölf Bewerberstädten aus ganz Europa den ersten Platz belegt. Die Entscheidung fällt Mitte Juni 2015 in Bristol, der Grünen Hauptstadt Europas 2015.

Europapreis des Europarates für Dresden und Vara

Dresden in Deutschland und Vara in Schweden erhalten in diesem Jahr den Europapreis des Europarates. Die sächsische Landeshauptstadt pflegt 13 Städtepartnerschaften, davon zehn in Europa sowie jeweils eine in Afrika, den USA und China. Die Stadt Vara unterhält Partnerschaften

EUROPA-NEWS

zusammengestellt von Barbara Baltsch, Europa-Journalistin, E-Mail: barbara.baltsch@kommunen-in-nrw.de

mit sechs europäischen Städten und hat 2012 mit der chinesischen Stadt Huangshan eine Vereinbarung über eine Städtepartnerschaft geschlossen. Insgesamt zeichnet der Europarat 31 europäische Kommunen für vorbildliche Partnerschaftsarbeit aus. Darunter sind neben Dresden weitere sechs deutsche Kommunen, die mit Ehrenplakette, Ehrenfahne und Europadiplom geehrt werden. In NRW kann sich die Stadt Kerpen über eine Ehrenflagge freuen.

Gymnasium in Unna vorne bei eTwinning

Das Pestalozzi-Gymnasium Unna gehört zu den Preisträgern der diesjährigen Europäischen eTwinning-Preise. Mit ihrem Projekt „More Meaningful Maths“ konnte die Schule in der Kategorie „Englischer Sprachpreis“ überzeugen. Im Rahmen des Projektes hatten Schüler/innen um Mathematiklehrerin Monika Schwarze mit Jugendlichen aus Belgien, der Schweiz, Lettland und Zypern in internationalen Teams gemeinsam zu mathematischen Fragen gearbeitet und ihre Ergebnisse auf der eTwinning-Plattform veröffentlicht. Für die Europäischen eTwinning-Preise waren insgesamt 133 Projekte nominiert. Ausgezeichnet wurden die Siegerprojekte in drei Alterskategorien und sieben Spezialkategorien.

Hertener Bürgerpreis an drei Partnerschaftsvereine

Die Stadt Herten hat den Freundeskreis Doncaster, die Arras-Freunde Herten und den Freundeskreis Szczytno-Herten in diesem Jahr mit dem Bürgerpreis in der Kategorie „Kultur“ ausgezeichnet. Alle drei Partnerschaftsvereine setzen sich seit Jahren dafür ein, die Hertener Städtepartnerschaften zu fördern und zu vertiefen. Dass die Vereine die Auszeichnung in diesem Jahr - 100 Jahre nach Ende des 1. Weltkriegs - erhalten, ist kein Zufall: „Wir wollen mit diesem Bürgerpreis auch ein Zeichen für Frieden und die europäische Einigung setzen“, betonte Hertens Bürgermeister Dr. Uli Paetzel bei der Preisverleihung am 7. Mai 2015.

Europa Nostra Award für Rundlingsverein Jameln

Der Rundlingsverein Jameln wird in diesem Jahr als einziger deutscher Preisträger mit dem Europäischen Kulturerbe-Preis „Europa Nostra“ ausgezeichnet. Der Verein erhält den Preis für seinen ehrenamtlichen Einsatz zur Rettung der historischen Rundlingsdörfer. Die wegen ihrer runden Struktur als Rundlinge bezeichneten Siedlungen entstanden im Mittelalter zu Tausenden in einem Streifen von Kiel bis zum Erzgebirge. Heute gibt es nur noch 95 Rundlinge, die alle im Kreis Lüchow-Dannenberg liegen. Die Gemeinde Lüchow will eine Siedlungslandschaft mit 19 gut erhaltenen Rundlingen als Weltkulturerbe anerkennen lassen. Europaweit erhalten 28 Projekte einen Kulturerbe-Preis.

Mercedes Bresso erhält Kaiser-Maximilian-Preis

Die italienische Politikerin Mercedes Bresso ist am 8. Mai 2015 in Innsbruck mit dem Kaiser-Maximilian-Preis des österreichischen Bundeslandes Tirol und der Stadt Innsbruck ausgezeichnet worden. Die studierte Volkswirtin wurde 2010 als erste Frau an die Spitze des Ausschusses der Regionen (AdR) gewählt. Zusätzlich wurde sie Co-Präsidentin der Versammlung der regionalen und lokalen Gebietskörperschaften Europa-Mittelmeer (ARLEM). Ab 2012 war Bresso Vize-Präsidentin des AdR, bis sie 2014 ins Europäische Parlament gewählt wurde. Der Kaiser-Maximilian-Preis wird jährlich für außerordentliche Leistungen im Bereich der europäischen Regional- und Kommunalpolitik vergeben.

Grundsteuer für Studentenwohnheim

Eine Wohnung i. S. des § 5 Abs. 2 GrStG ist in einem Studentenwohnheim in Gestalt eines Appartementhauses gegeben, wenn eine Wohneinheit aus einem Wohn-Schlafraum mit einer vollständig eingerichteten Küchenkombination oder zumindest einer Kochgelegenheit mit den für eine Kleinkücheneinrichtung üblichen Anschlüssen, einem Bad/WC und einem Flur besteht und eine Gesamtwohnfläche von mindestens 20 qm hat.

BFH, Urteil vom 4. Dezember 2014
- Az.: II R 20/14 -

Für Studentenwohnheime gilt insoweit dasselbe wie für abgeschlossene Appartements in einem Altenheim oder Altenwohnheim, die ebenfalls lediglich eine Gesamtwohnfläche von mindestens 20 qm haben müssen, um als Wohnung bewertet zu werden (BFH-Urteil in BFHE 136, 293, BStBl II 1982, 671).
Diese Frage hatte sich gestellt, weil nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 Buchst. a und b i. V. m. § 7 GrStG Grundbesitz, der von einer inländischen juristischen Person des öffentlichen Rechts oder einer inländischen Körperschaft, Personenvereinigung oder Vermögensmasse, die nach der Satzung, dem Stiftungsgeschäft oder der sonstigen Verfassung und nach ihrer tatsächlichen Geschäftsführung ausschließlich und unmittelbar gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecken dient, unmittelbar für gemeinnützige oder mildtätige Zwecke benutzt wird, von der Grundsteuer befreit ist. Eine solche Grundsteuerbefreiung hat das öffentlich-rechtlich organisierte Studentenwerk für das von ihm betriebene Studentenwohnheim beansprucht.
Grundbesitz, der zugleich Wohnzwecken dient, ist aber nur unter den in § 5 Abs. 1 GrStG genannten Voraussetzungen von der Grundsteuer befreit. Wohnungen sind gemäß § 5 Abs. 2 GrStG stets steuerpflichtig, auch wenn die Voraussetzungen des § 5 Abs. 1 GrStG vorliegen, also etwa wenn sie zur Erfüllung gemeinnütziger oder mildtätiger Zwecke überlassen werden. Der Gesetzgeber hat damit eine Entscheidung dahin getroffen, dass bei einer Mehrheit von Räumen, die den Begriff der Wohnung erfüllen, stets das Überwiegen des Wohnzwecks anzunehmen und Grundsteuerpflicht gegeben ist.
Dies verbietet es, Rechtsträgern i. S. des § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 Buchst. a und b GrStG eine Grundsteuerbefreiung dann zu gewähren, wenn sie Wohnungen in Verwirklichung eines gemeinnützigen oder mildtätigen Zwecks Dritten überlassen. Diese Einschränkung der Befreiung von der Grundsteuer ist mit dem Grundgesetz vereinbar (BFH-Urteile vom 21. April 1999 II R 5/97, BFHE 188, 434, BStBl II 1999, 496; vom 15. März 2001 II R 38/99, BFH/NV 2001, 1449, und vom 11. April 2006 II R 77/04, BFH/NV 2006, 1707; Beschluss des Bundesverfassungsgerichts --BVerfG-- vom 4. April 1984 1 BvR 1139/82, Höchstrichterliche Finanzrechtsprechung 1984, 436).

GERICHT IN KÜRZE
zusammengestellt von Hauptreferent Andreas Wohland, StGB NRW

Passentziehung bei Salafisten

Das Oberverwaltungsgericht NRW hat die Berufung eines 23-jährigen Solingers zurückgewiesen, der gegen Einschränkungen seiner Ausreisefreiheit klagte. Der Kläger gefährde erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland, da zu befürchten sei, dass er zur Unterstützung des militanten „Jihad" in Syrien ausreisen wolle.

OVG NRW, Urteil vom 4. Mai 2015
- Az.: 19 A 2097/14 -

Die Stadt Solingen hatte dem Kläger mit Verfügung vom 19. Dezember 2013 den Reisepass entzogen und den Geltungsbereich seines Personalausweises auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland beschränkt. Vorausgegangen war den Maßnahmen ein Ausreiseversuch des Klägers, der am 4. Dezember 2013 daran gehindert worden war, mit zwei Begleitern, die die Behörden ebenfalls dem salafistischen Spektrum zuordnen, einen Flug Richtung Istanbul anzutreten.
Die beklagte Stadt hat angenommen, dass der Kläger erhebliche Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährdet, nämlich deren auswärtige Beziehungen. Sie hat ihre Gefahreneinschätzung, er wolle zur Beteiligung am bewaffneten „Jihad" in Syrien ausreisen, auf eine Reihe von Umständen gestützt. So befand der Kläger sich bei salafistischen Ausschreitungen in Solingen am 1. Mai 2012 am Veranstaltungsort und war nach Erkenntnissen der Polizei wie sein älterer Bruder bis zu dessen Verbot im Juni 2012 regelmäßiger Besucher des Moscheevereins „Millatu Ibrahim e. V." in Solingen.
In der Folge beteiligte er sich an so genannten Koraninformationsständen und trat als Begleiter des islamistischen Predigers Hassan Keskin sowie im Zusammenhang mit der Vereinigung „Tauhid Deutschland" in Erscheinung, die das Bundesinnenministerium im März 2015 ebenfalls verboten hat.
Der 19. Senat des OVG hat - wie bereits das Verwaltungsgericht Düsseldorf - die auf dieser Grundlage verfügte Passentziehung und Personalausweisbeschränkung trotz der damit verbundenen Einschränkung der Ausreisefreiheit für rechtmäßig gehalten.
Der Senat hat die Revision nicht zugelassen.

Grenze des Eingaberechts aus § 24 GO NRW

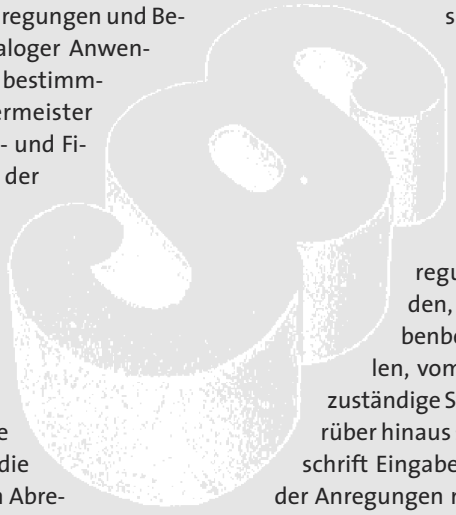
Das Eingaberecht aus § 24 Abs. 1 Satz 1 GO NRW findet dort seine Grenze, wo es dem Petenten nicht mehr um ein Sachanliegen geht, sondern um eine rechtsmissbräuchliche Inanspruchnahme öffentlicher Stellen. Die angegangene Stelle ist daher nicht verpflichtet, sich mit einer rechtmissbräuchlich vorgebrachten Eingabe sachlich zu befassen.

OVG NRW, Beschluss vom 25. März 2015
- Az.: 15 E 94/15 -

Die Beteiligten streiten im Klageverfahren darum, ob der Bürgermeister verpflichtet ist, eine von ihm für rechtsmissbräuchlich gehaltene Eingabe des Klägers dem Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Beklagten vorzulegen. Das VG hat die Bewilligung von Prozesskostenhilfe für die Klage abgelehnt, die dagegen gerichtete Beschwerde des Klägers hatte vor dem OVG Erfolg.
Dem Kläger, der nach den von ihm dargelegten persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen die Kosten der Prozessführung nicht aufbringen kann, ist für das erstinstanzliche Klageverfahren Prozesskostenhilfe zu bewilligen. Die beabsichtigte Rechtsverfolgung bietet hinreichende Aussicht auf Erfolg und erscheint nicht mutwillig.

Die vom Kläger erhobene Leistungsklage dürfte begründet sein. Der Kläger kann aller Voraussicht nach beanspruchen, dass seine Eingabe dem Haupt- und Finanzausschuss vorgelegt wird. Nach § 24 Abs. 1 Satz 1 GO NRW hat jeder das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Anregungen oder Beschwerden in Angelegenheiten der Gemeinde an den Rat oder die Bezirksvertretung zu wenden. Die Erledigung von Anregungen und Beschwerden kann der Rat einem Ausschuss übertragen. Die näheren Einzelheiten regelt die Hauptsatzung.

Gemäß § 5 Abs. 2 UAbs. 2 i. V. m. Abs. 4 der Hauptsatzung der Beklagten vom 06.02.2012 werden Anregungen und Beschwerden, die in analoger Anwendung innerhalb einer bestimmten Frist beim Bürgermeister eingehen, dem Haupt- und Finanzausschuss in der nächsten Sitzung vorgelegt. Ist die Frist abgelaufen, erfolgt die Vorlage in der darauf folgenden Sitzung.



Diese Voraussetzungen für eine Vorlage sind hier erfüllt, was die Beklagte auch nicht in Abrede stellt. Allerdings meint sie, der Bürgermeister müsse die Eingabe gleichwohl nicht vorlegen, weil sie rechtsmissbräuchlich sei. Dem ist sehr wahrscheinlich nicht zu folgen. Zwar ist in der Rechtsprechung des Senats anerkannt, dass das Eingaberecht dort seine Grenze findet, wo es dem Petenten nicht mehr um ein Sachanliegen geht, sondern um eine rechtsmissbräuchliche Inanspruchnahme öffentlicher Stellen. Die angegangene Stelle ist daher nicht verpflichtet, sich mit einer rechtsmissbräuchlich vorgebrachten Eingabe sachlich zu befassen.

Daraus folgt jedoch keine Vorprüfungsbefugnis des Bürgermeisters, die es ihm erlauben würde, eine rechtsmissbräuchliche Eingabe gar nicht erst vorzulegen. Die Behandlung aller Eingaben obliegt grundsätzlich der angegangenen Stelle. Allerdings kann nach § 24 Abs. 1 Satz 3 GO NRW der Rat die Erledigung der Eingaben einem Ausschuss übertragen. Zu der Frage einer Vorprüfungskompetenz des Bürgermeisters verhält sich die Vorschrift hingegen nicht. Ob angesichts dessen die Hauptsatzung dem Bürgermeister die Befugnis übertragen kann, Eingaben schon im Vorfeld auszusondern, bedarf vorliegend keiner Entscheidung. Denn die Hauptsatzung der Beklagten sieht eine solche Kompetenz in Bezug auf rechtsmissbräuchliche Eingaben nicht vor.

Gemäß § 5 Abs. 2 UAbs. 1 Satz 1 der Hauptsatzung sind Anregungen und Beschwerden, die nicht in den Aufgabenbereich der Beklagten fallen, vom Bürgermeister an die zuständige Stelle weiterzuleiten. Darüber hinaus sind nach Abs. 3 der Vorschrift Eingaben von Bürgern, die weder Anregungen noch Beschwerden zum Inhalt haben, ohne Beratung unmittelbar vom Bürgermeister zurückzugeben. In allen anderen Fällen hat der Bürgermeister demgegenüber die Eingabe dem Haupt- und Finanzausschuss vorzulegen, der nach Abs. 5 UAbs. 1 Satz 2 eine inhaltliche Prüfung der Eingabe vorzunehmen und das weitere Verfahren festzulegen hat. Dies schließt in Ermangelung einer gegenteiligen Regelung rechtsmissbräuchliche Eingaben ein, zumal die angerufene Stelle in Einzelfällen durchaus Veranlassung sehen kann, sich mit einer rechtsmissbräuchlichen Eingabe inhaltlich zu befassen.

IMPRESSUM

Städte- und Gemeinderat
Die Fachzeitschrift für Kommunal- und Landespolitik in Nordrhein-Westfalen

Herausgeber
Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen
Kaiserswerther Straße 199-201
40474 Düsseldorf
Telefon 02 11/45 87-1
Fax 02 11/45 87-211
www.kommunen-in-nrw.de

Hauptschriftleitung
Hauptgeschäftsführer
Dr. Bernd Jürgen Schneider

Redaktion
Martin Lehrer M. A. (Leitung)
Telefon 02 11/45 87-2 30
redaktion@kommunen-in-nrw.de
Barbara Baltsch
Debora Becker (Sekretariat)
Telefon 02 11/45 87-2 31

Abonnement-Verwaltung
Debora Becker
Telefon 0211/4587-231
debora.becker@kommunen-in-nrw.de

Anzeigenabwicklung
Krammer Verlag Düsseldorf AG
Goethestraße 75 • 40237 Düsseldorf
Telefon 02 11/91 49-4 55
Fax 02 11/91 49-4 80

Layout
KNM Krammer Neue Medien
www.knm.de

Druck
D+L REICHENBERG GmbH
46395 Bocholt

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier

Die Zeitschrift erscheint monatlich mit zwei Doppelnummern jeweils im Februar und Juli. Das Abonnement (Einzelpreis 78 € komplett, Mindestlaufzeit 1 Jahr) ist unbefristet und kann jederzeit begonnen werden. Bestellungen nur beim Städte- und Gemeindebund NRW, Kaiserswerther Str. 199-201, 40474 Düsseldorf, Internet: www.kommunen-in-nrw.de . Wird das Abonnement innerhalb der ersten zwölf Monate nicht mit einer Frist von einem Monat schriftlich gekündigt, verlängert es sich bis zum Ende des laufenden Kalenderjahres. Wird es dann nicht bis zum 30.11. - wirksam zum 31.12. - gekündigt, verlängert es sich um ein weiteres Kalenderjahr und bleibt dann jeweils mit einer Frist von einem Monat zum Jahresende kündbar. Die Abonnementgebühr wird - bei Abo-Beginn im laufenden Kalenderjahr - anteilig für die dann noch bezogenen Hefte sowie jeweils im 1. Quartal für das gesamte Kalenderjahr in Rechnung gestellt. Wird das Abonnement während des Kalenderjahres zum Ende der Mindestlaufzeit gekündigt und ist bereits die volle Jahres-Abonnementgebühr bezahlt, wird diese für die nicht mehr bezogenen Hefte anteilig zurückerstattet. Kein Buchhandelsrabatt. Die mit dem Namen des Verfassers/der Verfasserin veröffentlichten Beiträge geben dessen/deren persönliche Meinung wieder. Nachdruck oder elektronische Wiedergabe nur mit Genehmigung der Schriftleitung.

ISSN 0342-6106

Themenschwerpunkt Juli / August 2015:
Verkehrsfinanzierung

Der neue Bundesfreiwilligendienst:

Nichts erfüllt mehr, als gebraucht zu werden.

Ab dem 1. Juli kann sich jeder im neuen Bundesfreiwilligendienst engagieren – ob alt oder jung, Frau oder Mann. Kinder- und Jugendhilfe, Altenpflege, Behindertenhilfe, Kultur, Sport, Integration, Umweltschutz - vieles ist möglich. **Also: direkt informieren und jetzt anmelden!**

Jetzt mitmachen!

NABU

www.freiwillige-im-naturschutz.de

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

BFD
Der Bundesfreiwilligendienst
Zeit, das Richtige zu tun.
www.bundesfreiwilligendienst.de

Den besten Weg finden!
www.KommunalAgenturNRW.de

Projektsteuerung | Abwasserbeseitigung | Grundstücksentwässerung | Hochwasservorsorge | Kanalsanierung | Klimaschutz und Klimaanpassung | interkommunale Zusammenarbeit | Finanzierung kommunaler Aufgaben | Konzessionsverträge | Personal- und Organisationsentwicklung | Managementsysteme | Externe Beauftragtenfunktionen | Arbeitssicherheit | Brandschutz | Benchmarking | Datenschutz | Gebühren- und Beitragskalkulation | Organisationsformen | Satzungen | europaweite und nationale Ausschreibungen für kommunale Beschaffungen wie Abfall, Fahrzeuge, Klärschlammentsorgung, Gebäudereinigung ... | IT-Lösungen

Kommunal Agentur NRW GmbH | Cecilienallee 59 | 40474 Düsseldorf
Tel.. 0211 / 430 77 0 | Fax: 0211 / 430 77 22 | www.kommunalagenturnrw.de | info@kommunalagenturnrw.de

Das Dienstleistungsunternehmen des
Städte- und Gemeindebundes NRW

Kommunal Agentur NRW